



48. Sitzung

am Dienstag, dem 23. Juni 2015, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4017

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten
Herbert Neder 4017

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
**Katharina Schulze, Johanna Werner-
Muggendorfer** und **Steffen Vogel** 4017

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN
**"Totalblockade der CSU-Regierung durchbre-
chen - Energiewende retten"**

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 4017 4018
Markus Blume (CSU)..... 4018 4019 4021
Natascha Kohlen (SPD)..... 4021
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 4024
Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 4025
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 4026
Sandro Kirchner (CSU)..... 4027
Staatsministerin Ilse Aigner..... 4029

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan-
ger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**zur Änderung des Bayerischen Hochschulge-
setzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums**
(Drs. 17/6816)
- Erste Lesung -

Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 4032
Helmut Radlmeier (CSU)..... 4033

Georg Rosenthal (SPD)..... 4035
Verena Osgyan (GRÜNE)..... 4036

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss..... 4037

Wahl
von Vertrauensleuten und deren Vertreter für
die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen
Richter bei den Finanzgerichten (s. a. Anlage 1)

Beschluss en bloc..... 4037

Bestellung
**eines stellvertretenden Mitglieds für den Lan-
desdenkmalrat**

Beschluss..... 4037

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden**
(s. Anlage 2)

Beschluss..... 4038

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt, Florian von Brunn u. a. (SPD)
Sonderförderprogramm I:
Keine Wasserverschmutzung durch öffentliche
Abwasserkanäle (Drs. 17/5968)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/7039)

Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 4038 4042
Hans Ritt (CSU)..... 4039

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER).....	4040
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	4041
Staatsministerin Ulrike Scharf.....	4041 4042
Beschluss.....	4043
Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Optimierung der inklusiven Unterrichtsbedin- gungen durch Zweitlehrkräfte (Drs. 17/3092)	
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 17/7001)	
und	
Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u. a. (SPD) Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermög- lichen (Drs. 17/3691)	
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 17/7003)	
Thomas Gehring (GRÜNE).....	4043 4047
Margit Wild (SPD).....	4044
Norbert Dünkel (CSU).....	4045 4047
Günther Felbinger (FREIE WÄHLER).....	4047
Staatssekretär Georg Eisenreich.....	4048
Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 17/3092.....	4050
Namentliche Abstimmung zum SPD-An- trag 17/3691.....	4050
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/3691 (s. a. Anlage 3).....	4056

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren,
Melde- und Dokumentationspflicht systemati-
sieren und verbessern (Drs. 17/6198)**

Beschlussempfehlung des
Gesundheitsausschusses (Drs. 17/7023)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**Mehr Sensibilisierung im Kampf gegen Antibio-
tikaresistenzen im Gesundheitswesen
(Drs. 17/6201)**

Beschlussempfehlung des
Gesundheitsausschusses (Drs. 17/7024)

Ulrich Leiner (GRÜNE).....	4050 4051 4053
Bernhard Seidenath (CSU).....	4051 4053
Ruth Müller (SPD).....	4053
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER).....	4054
Staatsministerin Melanie Huml.....	4055

Beschluss zum Antrag 17/6201..... 4056

Namentliche Abstimmung zum Antrag 17/6198... 4056

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/6198
(s. a. Anlage 4)..... 4057

Schluss der Sitzung..... 4057

(Beginn: 14.01 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 48. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich Sie bitten, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken und sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

In der vergangenen Nacht verstarb im Alter von 75 Jahren Herr Herbert Neder. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1982 bis 1990 an und vertrat für die CSU-Fraktion den Stimmkreis Bad Kissingen. Während seiner Parlamentszugehörigkeit war er Mitglied im Ausschuss für Grenzlandfragen, im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik sowie im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen.

Nach dem Ausscheiden aus dem Landtag übernahm Herr Herbert Neder für zwölf Jahre das Amt des Landrats des Landkreises Bad Kissingen. In dieser sowie in weiteren kommunalpolitischen Funktionen konnte er wichtige Impulse für die positive Entwicklung der Region und seiner Heimat Unterfranken setzen. Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern war ihm stets ein besonderes Herzensanliegen.

Für sein umfangreiches Engagement in der Landes- und Kommunalpolitik wurde ihm im Jahr 2003 der Bayerische Verdienstorden verliehen. Darüber hinaus wurde er mit dem Titel des Altlandrates geehrt.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. - Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einige Glückwünsche aussprechen. Am 20. Juni feierte die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Katharina Schulze, einen runden und am 22. Juni Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer einen halbrunden Geburtstag.

Heute hat Herr Kollege Steffen Vogel Geburtstag. - Ich sehe ihn nicht. Aber wir beglückwünschen ihn von dieser Stelle aus. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich sprechen wir unsere Glückwünsche aus und wünschen alles Gute und viel Erfolg bei der parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Totalblockade der CSU-Regierung durchbrechen - Energiewende retten"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Redner bzw. Rednerinnen, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion einer ihrer Redner bzw. eine ihrer Rednerinnen bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion jedoch angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Wir beginnen nun. Erster Redner ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war am vergangenen Wochenende auf einer privaten Feier, und da waren sicher viele Gäste anwesend, die bei der letzten Landtagswahl CSU gewählt haben. Aber ich kann Ihnen sagen: Keiner – wirklich keiner – konnte die Energiepolitik der CSU nachvollziehen. Es hat ein verdammt großes Kopfschütteln geherrscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst das Nein zur sicheren, sauberen Windkraft in Bayern; denn mit dem bayerischen Windkraftverhinderungsgesetz steigt die CSU faktisch aus der Windkraft aus. Das zeigt allein schon ein Vergleich der Genehmigungszahlen. 2013 wurden 573 Anträge auf Genehmigung einer Windkraftanlage eingereicht. Im ersten Quartal 2015 wurden noch zwölf Anträge auf Genehmigung gestellt. Die für sauberen Windstrom aus dem Norden notwendigen Stromleitungen wollten Seehofer & Co. einfach nach Hessen abschieben. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, das Abschieben von Verantwortung nach dem Sankt-Florians-Prinzip ist der Markenkern Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übernehmen Sie doch einmal Verantwortung für Ihre Politik!

Am Freitag kam dann die unglaubliche Aussage des Chefs der Staatskanzlei Dr. Marcel Huber, die Energiewende scheitern zu lassen, wenn Bayern Atommüll aufnehmen muss. Das zeigt ganz deutlich, auf welchem Egotrip die Staatsregierung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, die CSU steht wie keine andere Partei – keine andere Partei! – in diesem Land für die Verursachung von Atommüll in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

25 % des Atommülls, der uns belastet, haben wir Ihrer Politik zu verdanken. Ihre Politik hat uns einen Atommüllberg gebracht, und jetzt drücken Sie sich vor der Verantwortung für Ihren Atommüll. Über Jahrzehnte hinweg haben Sie rücksichtslos und blind auf die unberechenbare Atomkraft gesetzt, ohne zu wissen, wohin mit dem Atommüll.

Die Politik der CSU-Regierung, die Windkraft total zu blockieren und die Leitungen nicht auszubauen, führt zu noch mehr Atommüll, weil die Totalblockade der Energiewende letztendlich auf eine Laufzeitverlängerung mit uralten, ja museumsreifen Atomkraftwerken und noch mehr Atommüll hinausläuft. Wir lassen die Menschen in Bayern aber nicht zu den Leidtragenden Ihrer schwarzen Verantwortungslosigkeit werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Oh je!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Verantwortungslosigkeit folgen meistens Orientierungs- und Planlosigkeit. Das haben wir in den letzten Monaten hinreichend erlebt. Wir haben in Bayern einen Stillstand in der Energiepolitik, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Der nicht anwesende Ministerpräsident Seehofer – doch, er ist gerade anwesend –

(Volkmar Halbleib (SPD): Geistig abwesend!)

ist und bleibt der Mister No der Energiewende in Bayern. Es ist höchste Zeit, Seehofers Totalblockade zu durchbrechen und die Energiewende in Bayern zu retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich dachte ja, die CSU kann Energiewende einfach nicht, sei es aus Mangel an Ideen und Konzepten oder sei es aus fehlendem Glauben an die Schaffenskraft unserer Ingenieure, unserer Stadtwerke und unserer Energiegenossenschaften, die täglich am Gelingen

der Energiewende arbeiten. Aber die Aussage des Chefs der Staatskanzlei hat eigentlich deutlich gemacht: Sie wollten nie den Atomausstieg, und Sie wollten nie den Einstieg in die Energiewende. Eine CSU-Regierung, die mit dem Scheitern unseres gesamten Projektes Energiewende droht, zeigt, dass Sie nicht nach Lösungen suchen. Sie ringen nicht um die besten Ideen und Konzepte zum Gelingen der Energiewende. Nein, die CSU-Regierung sucht eines: den Ausstieg aus der Energiewende. Wenn man wirklich davon überzeugt ist, dass der Umbau unserer Energieversorgung hin zu Wind und Sonne für unser Land richtig und gut ist, droht man nicht beleidigt mit dem Scheitern der gesamten Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann setzt man sich zusammen und sucht gemeinsam nach Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen. Das ist auch Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist Herr Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hartmann, nach Ihrer Rede fällt mir nur ein gut bayerisches "Oh mei" ein. Das, was wir heute von Ihnen präsentiert bekommen haben, war wieder Hartmanns Märchenstunde at its best.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, ich kann mir das nur so erklären, dass dieser Tage ein Porträt in der Zeitung erschien, das sinngemäß zum Inhalt hatte, an der Fraktionsspitze der GRÜNEN laufe es zwar ganz gut, aber Herr Hartmann sei so blass, dass man ihn überhaupt nicht mehr wahrnehme.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Zum Thema!)

Angesichts dessen haben Sie sich wahrscheinlich gefragt, was Sie tun könnten, um nicht mehr so blass zu wirken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Presse versteht er etwas!)

Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Markus Blume (CSU): Ich stelle fest, dass diese Erkenntnis für Sie sehr schmerzhaft ist, Herr Hartmann.

Meine Damen und Herren, für uns gilt in der Energiepolitik wie allgemein in der Politik von Anfang an das Motto: Zuhören – verstehen – handeln. Ich möchte das Motto gern ergänzen: sich Zeit nehmen für gute Kompromisse. Professor Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat vor einiger Zeit in einer Publikation ausgeführt:

Doch in der Politik ist Eile eher schädlich – gute Kompromisse brauchen Zeit.

Er führte weiter aus:

Nicht die Politik ist systematisch zu langsam, sondern Journalismus und Wissenschaft sind systematisch zu hektisch.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge hinzu: Auch Sie sind zu hektisch, was dieses Thema angeht, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Das beginnt schon mit dem Titel der Aktuellen Stunde. Wenn es darin heißt: "Energiewende retten", dann wird der Eindruck erweckt, hier stehe quasi alles mit dem Rücken an der Wand. Auch in Ihrer Rede haben Sie dieses Bild gemalt, Herr Hartmann.

(Zurufe von den GRÜNEN: Steht es doch auch!)

Wenn wir uns anschauen, wo Bayern heute steht, dann können wir nur zu einem Schluss kommen: Die Energiewende in Bayern geht voll voran.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich die Erzeugungsformen erneuerbarer Energien anschauen, dann wissen Sie, dass Bayern auf sämtlichen Feldern voll im Ausbaukorridor liegt. Das belegen auch die Zubauzahlen für das Jahr 2014; ich habe noch einmal nachgeschaut, nachdem Sie Ihre Zahlen genannt hatten, Herr Hartmann. Im Jahr 2014 wurden in Bayern neue Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 410 Megawatt errichtet. In Baden-Württemberg, wo Sie mitre-

gieren – sonst immer Ihr Lieblingsvergleichspartner in diesen Fragen –, waren es nur 18,7 Megawatt. Im gesamten Jahr 2014 sind dort nur 8 neue Anlagen ans Netz gegangen. Allein im ersten Quartal 2015 sind in Bayern schon mehr genehmigt worden. Wollen Sie uns jetzt erklären, dass woanders bessere Politik gemacht werde als in Bayern?

(Beifall bei der CSU)

Man kann alle Felder durchdeklinieren und auch die Solarbranche einbeziehen: Diese ist insgesamt zwar etwas in Bedrängnis geraten. Bayern ist aber auch auf diesem Gebiet mit weitem Abstand Spitzenreiter; neue Anlagen mit einer installierten Leistung von einem halben Gigawatt sind im vergangenen Jahr ans Netz gegangen.

Wir bleiben nicht stehen, was den Zubau der Erneuerbaren betrifft, sondern wir versuchen, die Energiewende mit weiteren Bausteinen zu vollenden. Das 10.000-Häuser-Programm, zu dem Ministerin Aigner sicherlich noch etwas sagen wird, fügt einen wichtigen Baustein hinzu; denn unser Ziel ist eine dezentrale Energiewende, eine Energiewende, die darauf gerichtet ist, Energie zu sparen, das heißt effizient und intelligent zu nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir agieren so, weil die Energiewende mehr ist als das Beschwören von Zielen, mehr ist als der Zubau von Erneuerbaren und mehr ist, als darauf zu hoffen, dass der Bund schon die richtigen Rahmenbedingungen setzen werde.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was ist mit dem Atommüll?)

Gute Politik heißt für uns aber auch, um die richtige Lösung zu ringen; das haben Sie bestätigt, Herr Hartmann. Aber gute Lösungen entstehen häufig nur unter Druck.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Leider ist das bei Ihnen so!)

Ihr Problem ist: Sie verwechseln Druck mit Blockade.

Ich gebe Ihnen drei Beispiele. Das erste Beispiel betrifft die Erdverkabelung. Erst hieß es, Erdverkabelung sei zu teuer und auch technisch nicht überall möglich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat denn in Berlin dagegen gestimmt? – Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU! Das ist die Wahrheit!)

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Hermann, hat kürzlich gesagt:

Erdkabel sind nicht generell zu teuer.

Bemerkenswert ist auch die Aussage:

Die Netzbetreiber und wir als Bundesnetzagentur haben dazugelernt.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, glauben Sie, dass diese Lernkurve eingetreten wäre, wenn es nicht eine hohe Betroffenheit in der Bevölkerung gegeben hätte und wir nicht darauf hingewiesen hätten, dass Akzeptanz ein hohes Gut ist?

(Margarete Bause (GRÜNE): Was ist nun mit dem Atommüll?)

Ein anderes Beispiel sind die Trassenkorridore. Am Anfang war alles quasi wie betoniert, die Korridore waren mehr oder weniger festgezurr.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Inzwischen vergeht kein Tag, ohne dass es neue Überlegungen zur Trassenführung gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bemerkenswert ist auch in diesem Punkt: Was am Anfang überhaupt nicht in Rede stand, scheint plötzlich zu gehen. Ich zitiere noch einmal den Präsidenten Homann:

Darüber hinaus könnten bestehende Stromtrassen technisch auch für die neuen Höchstspannungs-Gleichstromleitungen fit gemacht ... werden.

Meine Damen und Herren, glauben Sie, dass diese Erkenntnis sich durchgesetzt hätte, wenn wir uns nicht dafür eingesetzt hätten, auch nach anderen Lösungen zu suchen und zu hinterfragen, ob bestimmte Trassen überhaupt notwendig sind?

(Beifall bei der CSU)

Ein Drittes: Sie von Rot und Grün hängen sonst immer die Forderung nach Bürgerinformation und Bürgerakzeptanz sehr hoch. Angesichts dessen ist es für mich überhaupt nicht zu verstehen, dass beides für Sie bei dem Thema Energiewende anscheinend keine Rolle spielt. Sie haben den Energiedialog der Wirtschaftsministerin belächelt. Die Übertragungsnetzbetreiber haben sich gefragt: Müssen wir überhaupt informieren? Wenn ja, vielleicht erst dann, wenn alles schon entschieden ist?

Auch in dieser Frage hat sich gezeigt, dass der bayerische Kurs der richtige ist. Ich finde es bemerkens-

wert, dass Sie unser Agieren kritisieren, während in Hessen der dortige SPD-Fraktionsvorsitzende einen Energiegipfel fordert, um über Akzeptanzfragen zu sprechen. Offenkundig lernt man in anderen Ländern eher von der CSU und von Bayern als Rot und Grün in Bayern selbst lernen. Sie sollten sich einfach einmal mit Ihren Kollegen dort unterhalten.

Gute Politik heißt für uns auch, über das Gesamtpaket zu verhandeln und die eigenen Interessen durchzusetzen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Jedes Land hat auch Verantwortung!)

Das kann ich ehrlich sagen: Selbstverständlich hat jedes Land Interessen. Aber – das ist der Unterschied – wir wollen, dass diese Interessen in einem Gesamtkonzept Berücksichtigung finden und dass nicht ein Thema nach dem anderen herausgezogen wird.

Ich sage Ihnen, was schlechte Politik ist – diese verbindet sich an dieser Stelle mit Ihnen –: Schlechte Politik ist, wenn gute Vorhaben im Bundesrat bzw. generell auf Bundesebene blockiert oder dort nicht die Hausaufgaben gemacht werden. Ich nenne beispielhaft die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Es war nicht Bayern, das sich gesperrt hat, sondern Rot und Grün haben verhindert, dass es eine entsprechende Regelung auf Bundesebene gibt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo soll jetzt der Atommüll hin?)

Schlechte Politik heißt auch, das Strommarktdesign nicht voranzubringen. Das ist jedoch eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass notwendige Reserve- und Ersatzkapazitäten in Bayern ans Netz gehen können. Erst daraus - das ist der dritte Schritt - kann der Bedarf für den Netzausbau abgeleitet werden.

Das Entscheidende: Schlechte Politik ist es aus unserer Sicht auch, Bayerns Interessen zu verraten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin als bayerischer Landtagsabgeordneter gewählt. Bei einigen von Ihnen frage ich mich, ob Sie an dieser Stelle dasselbe Mandat im Hinterkopf haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele: Wenn in Baden-Württemberg nur 100 Kilometer neue Stromleitungen gebaut werden sollen, aber in Bayern 400, dann stellen Sie sich hin und sagen, das sei gerecht. Wenn die von der SPD gestellte Bundesumweltministerin einseitig

und ohne Rücksprache das 2013 zwischen den Ministerpräsidenten vereinbarte Verfahren zu Endlagersuche und Zwischenlagerung verlässt und die Castoren nun freihändig im Land verteilen will, dann stellen sich SPD und GRÜNE hin und sagen, das sei eigentlich ganz gut.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, geht's noch?

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben keine Lösung angeboten!)

Die Antwort ist ganz klar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal nach, was Herr Hünnerkopf dazu sagt! Er sagt etwas ganz anderes!)

Unsere Antwort ist ganz klar: Wir wollen auf dem vereinbarten Pfad bleiben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gestern im Bayerischen Rundfunk!)

– Rufen Sie halt nicht die ganze Zeit dazwischen!

(Lachen bei der SPD)

Die folgende Frage könnten Sie tatsächlich einmal beantworten: Wo sind die Mandatsträger von Ihnen, die an dieser Stelle Verantwortung tragen? Wo ist Pronold? Das könnte man tatsächlich einmal fragen. Er ist derjenige, der völlig in der Versenkung verschwunden ist. Ich frage mich: Hat er eine Meinung dazu? Er hat gesagt, dass wir mit den betroffenen Ländern und Kommunen das Einvernehmen weiterhin herstellen wollen. Dann, wenn schon alles entschieden ist, das Einvernehmen herzustellen, heißt, das Pferd von hinten aufzuzäumen.

(Beifall bei der CSU)

Ganz spannend in diesem Zusammenhang finde ich, dass sich Herr Pronold mit der Regierungsfähigkeit beschäftigt.

Liebe Vertreter der SPD-Fraktion, ich kann Ihnen sagen: Mit diesem Verständnis von Politik, mit diesem Verständnis vom Durchsetzen bayerischer Interessen sind Sie von einer Koalition mit dem Bürger und von Regierungsfähigkeit in Bayern Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der CSU)

Wahrscheinlich freuen Sie sich am Ende sogar noch über die Anzeige aus Niedersachsen, mit der Unternehmer bewogen werden sollen, ihren Sitz nach Niedersachsen zu verlagern. Statt sich über eine solche

Anzeige zu freuen, sollten Sie sich überlegen, mit welchem Geld sie bezahlt ist. Ich behaupte: Es gibt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie mit bayerischem Geld aus dem Länderfinanzausgleich finanziert ist.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre zehn Minuten sind um.

Markus Blume (CSU): Ich komme zum Ende. Aber es ist schwierig, hier bei dieser Lautstärke zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlt am Ende eines, nämlich das Bayern-Gen. Versuchen Sie wenigstens ausnahmsweise in der Energiepolitik, bayerisch zu denken.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Markus Blume (CSU): Ich versichere Ihnen jedenfalls: Die CSU wird sich weiterhin bemühen, für das Land und die Menschen eine gute Politik zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielleicht wird sich Kohnen wirklich lohnen, wer weiß.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blume, selbst die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. wünscht sich einen Plan für die Energiewende in Bayern. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Blume, Sie haben jetzt allerhand Zahlen durch die Gegend geworfen und gesagt, Sie könnten alles durchdeklinieren, wir müssten bayerischer denken. Vor kaum zehn Tagen hat die SPD im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags einen Antrag vorgelegt, in dem sie verlangt hat, dass Sie die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien in Bayern benennen. Das sage ich, Herr Blume, weil Sie gerade wild mit Zahlen um sich geworfen haben. Ich fand die Reaktion der CSU im Wirtschaftsausschuss höchst

erstaunlich; denn sie hat gesagt, ich sei mit meinem Antrag zu früh dran.

(Lachen bei der SPD)

Sie müssen sich das einmal reinziehen: Ich sei zu früh dran; denn der Energiedialog müsse noch verarbeitet werden. Frau Aigner, wann hat denn der Energiedialog geendet? - Er hat am 2. Februar geendet. Das ist viereinhalb Monate her.

Lieber Herr Bernhard, Sie waren der Berichterstatter. Sie haben übrigens erwogen, ob Sie dem Antrag vielleicht doch zustimmen, weil Sie alle gerne wüssten, wohin wir mit den erneuerbaren Energien in Bayern gerne wollen.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Seehofer, wir alle wissen, und das müsste auch Ihnen logisch erscheinen: Je mehr wir in Bayern selber produzieren, desto weniger müssen wir von außen hereinholen. Deswegen frage ich Sie: Warum waren Sie nicht in der Lage, unserem Antrag zuzustimmen?

Frau Aigner, ist in Ihrem Ministerium so viel los, dass Sie nicht in der Lage sind, den Ausbau der erneuerbaren Energien festzulegen? Was haben Sie denn seit dem Energiedialog gemacht? Das ist ganz spannend. Sie haben etwas erarbeitet, nämlich einen Trassenplan mit interessanterweise zwei Trassen, über die Sie gesprochen haben. Die eine Trasse soll möglichst wenig bayerischen Boden berühren; sie soll über Baden-Württemberg gehen und dann nach Bayern führen. Dafür hatten Sie nach dem Energiedialog schon Zeit. Darf ich die Frage stellen, ob es eventuell länger als viereinhalb Monate dauert, wenn Sie Trassen planen? Auch frage ich Sie nach der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit des Energiedialogs. Dort haben Sie den Menschen gesagt: Wir reden ergebnisoffen. Kaum viereinhalb Monate später legen Sie Trassenplanungen vor und fordern zwei Trassen. Allerdings wurden Sie vom Ministerpräsidenten zurückgepfiffen, der sagt: Nein, wir brauchen keine zwei Trassen. Das ging so weit, dass Sie in der letzten Woche auf der Energieministerkonferenz plötzlich gegen den bundesweiten Netzausbauplan gestimmt haben. Wo ist bei dieser Energiewende bitte schön Ihre Logik?

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD):
Reiner Zickzackkurs!)

Was tut denn die CSU? - Die CSU sagt Nein zu klaren Ausbauzielen für erneuerbare Energien in Bayern mit der Begründung, das Ministerium habe so viel zu tun. Die CSU sagt Nein zu einem Konzept, wie die Alpenländer zusammenarbeiten können.

Lieber Herr Ministerpräsident, je mehr wir regional zusammenarbeiten, desto weniger müssen wir zuleiten. Aber auch das möchten Sie nicht, weil angeblich schon alles klar ist. Aber das, was in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Alpenländern klar sein soll, ist uns, der Opposition, null klar. Auch das ist ein Baustein, der nicht genutzt wird.

Vor zehn Tagen sagten Sie im Wirtschaftsausschuss auch zu einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Analyse Nein. Die Frage ist: Wie viel können wir auf bayerischer Ebene einsparen? Je mehr wir einsparen, desto weniger müssen wir herleiten und desto weniger Leitungen brauchen wir. Das wollen Sie nicht, sondern Sie fordern nur einen Bericht. Verdammt noch mal, tun Sie endlich etwas!

(Beifall bei der SPD)

Frau Aigner, auch zum Pumpspeicherkraftwerk sagen Sie Nein, lassen aber Ihr Ministerium zweieinhalb Jahre an einem Pumpspeicherkataster arbeiten. Auch da frage ich mich nach der Logik Ihrer Arbeitsstruktur. Dann sagen Sie nämlich: Wir brauchen in Bayern keine Pumpspeicherkraftwerke. Nutzen Sie doch endlich die Bausteine, die hier überall herumliegen, und fügen Sie sie zu einem Plan zusammen. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage.

Auch zu den Stromtrassen sagt die CSU Nein bzw. Ja. Bei dieser Frage herrscht im Ministerium, in Bayern und in ganz Deutschland völlige Unklarheit. Was wollen Sie eigentlich? Zur Atompolitik und zur Laufzeitverlängerung hat die CSU in den letzten Jahrzehnten definitiv Ja gesagt. Ich musste bereits damals mit Minister Söder hier im Parlament über die Laufzeitverlängerung diskutieren. Sie als CSU haben damals gesagt: Heben wir bei der Laufzeitverlängerung den Deckel an, am besten nehmen wir ihn ganz weg, lassen wir die Kraftwerke weitere 50 Jahre laufen, lassen wir sie strahlen. Das stimmt, und wie!

(Beifall bei der SPD)

Wie sagte Herr Pschierer doch so eingängig in der letzten Plenarsitzung: Bayerns Wirtschaftskraft war und ist wegen der Atomenergie so gut; das habe deswegen so gut funktioniert. Das haben Sie hier wortwörtlich gesagt. Sie haben auch gesagt, die CO₂-Emissionen seien wegen der Atomenergie so niedrig.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Haben Sie im Ernst gemeint, was Sie gesagt haben? Sie sagten, es sei doch jetzt vernünftig, dass die Castoren zurückkämen und einen möglichst kurzen Weg zurücklegten, also am besten ganz grenznah gelagert würden, ohne

den weiten Weg nach Bayern zu nehmen. Aber damit, die abgebrannten Elemente auf dem weiten Weg nach Frankreich zu transportieren, haben Sie interessanterweise kein Problem. Ist das allen Ernstes Ihr Wort? Ich schäme mich dafür. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wer bei dieser Energiepolitik eine Logik sucht, hat die Antwort von Marcel Huber, dem Staatsminister in der Staatskanzlei, bekommen. Er stellt die Energiewende sofort in Frage, wenn Castoren nach Bayern kommen sollten. Angeblich hat Bayern vorher niemand gefragt, das ist das Schärfste. Ich glaube, Sie hatten Ohrstöpsel. Herr Huber, Castoren fallen nicht vom Himmel. Andere Bundesländer haben bereits geantwortet, dass sie die Verantwortung übernehmen, und das ist jetzt auch Ihre Aufgabe. Nichts anderes haben Sie zu tun. Ich frage Sie, da Sie die Energiewende in Bayern in Frage stellen: Wie lautet Ihre Antwort? Wie soll die Energiewende funktionieren, wenn Sie sie überhaupt noch wollen? Letzteres glaube ich Ihnen inzwischen nicht mehr, sondern ich habe das Gefühl, Sie akzeptieren eine weiterhin strahlende Zukunft. Das werden wir niemals akzeptieren. Wir wollen die Energiewende!

(Beifall bei der SPD)

Frau Aigner, Sie sind Energieministerin. Beweisen Sie doch endlich, dass Sie sich durchsetzen können. Nehmen Sie das Projekt Energiewende so in Angriff, wie es auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. möchte. Diese Vereinigung wird nicht mehr lange stillhalten, weil die Menschen in ganz Deutschland nervös sind.

Lieber Herr Blume, Sie regieren nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin. Das heißt, Sie haben auch eine deutsche Verantwortung.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Wir auch, und wir betreiben die Energiewende.

Die Frau Energieministerin sollte sich jetzt emanzipieren. Sie muss einen Projektplan mit Verantwortlichkeiten vorlegen. Sie muss flächendeckende Energienutzungspläne mit Energieberatern erarbeiten. Sie muss klare dezentrale Ausbauziele für erneuerbare Energien in Bayern festlegen. Wenden Sie endlich alle Mosaikbausteine der Energiewende zusammen an, damit wir hier in Bayern möglichst viel produzieren und möglichst wenig hereinholen müssen.

Ich möchte von Ihnen endlich eine ehrliche Antwort zu den Fragen der Durchleitung. Reden Sie den Leuten

nicht immer nach dem Mund, sondern sagen Sie uns, was Sie denken. Sie wissen doch genau, was die Stromlücke beträgt.

(Zuruf der Staatsministerin Ilse Aigner)

- Ja, es kommt noch, es kommt noch.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Ich komme noch nach Ihnen!)

- Sie kommen noch nach mir? – Das ist ja wunderbar. Gott sei Dank bin ich vor Ihnen dran.

Ich sage Ihnen aber noch etwas: Organisieren Sie die Bürgerbeteiligung ehrlich; denn so, wie Sie mit dem Energiedialog umgehen, indem hier seit dem 2. Februar nichts mehr diskutiert, nichts mehr zur Energiewende gesagt wird, so geht das nicht. Angeblich ist Berlin für alles verantwortlich. Ich sage Ihnen etwas: Berlin macht seine Hausaufgaben. Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien werden genannt, der Stromkorridor steht fest. Da ist noch Luft nach oben, in Bayern können wir noch ausbauen. Wer aber keine Ziele in Bayern festlegt, der braucht sich nicht zu wundern, dass er beim Strommarktdesign schlechtere Karten hat, wenn er für die bayerischen Interessen kämpft. Aber hallo, so ist das und nicht anders!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Nicht der, der am lautesten schreit, sollte die Energiepolitik organisieren.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

- Ja, so ist es doch! Egal, wem der Ministerpräsident begegnet, der, der ihn am lautesten anschreit, der am meisten sagt, dem gibt er recht. Die Energiepolitik, lieber Herr Ministerpräsident, das ist keine Ja- oder Nein-Frage. Das ist kompliziert. Das braucht Logik.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sagen Sie das doch Herrn Gabriel! – Unruhe bei der CSU)

- Nehmen Sie mich zu Herrn Gabriel mit, dann kann man gemeinsam mit ihm sprechen. Ich sagen Ihnen etwas: Entwerfen Sie endlich ein Konzept! Die Kommunen brauchen es, die Städte brauchen es, wir alle brauchen es. Ja, ich bin supersauer auf euch. Ihr baut einen solchen Bockmist!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, nächster Redner ist Herr Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, in Berlin wollen Sie in der Champions League spielen. In Berlin verkünden Sie, was Sie und Ihre Partei alles Großes leisten. Schauen wir doch an, was Sie bei Bürokratie und Mindestlohn für den Mittelstand und das Handwerk alles angerichtet haben. Schauen wir doch an, was Sie im Bund und in Bayern in der Mautfrage hinterlassen haben. Nun kommt das Thema Energiewende. Im Juni 2011 standen Sie hier an diesem Rednerpult. Das war nach Fukushima. Damals haben Sie gesagt – und das werde ich immer wieder anführen –, alle Ministerpräsidenten in Deutschland müssen sich an Ihnen messen, an Ihrer Partei. Sie werden den Sieg in der Champions League in der Energiewende holen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Um Gottes willen!)

Wo stehen wir heute? – Bayern steht im schlechten Mittelfeld. Das haben wir Ihrer Politik und der Politik der CSU zu verdanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Woher kommt das? - Es kommt von einer Haltung, die sich bei Ihnen über Jahre hinweg eingepreßt hat. Sie wollen nämlich keine Energiewende und, wie die Kollegin gerade gesagt hat: "Sie können nicht Energiewende." Das ist Ihr Problem. Wenn wir Ihnen Woche für Woche vernünftige Anträge vorlegen, die wir Ihnen noch so vernünftig erklären, dann wollen Sie die einfach nicht verstehen. Vielleicht ist das manchmal auch Ausdruck der Arroganz Ihrer Macht. Sie sagen sich: Das kommt von der Opposition, da will ich nicht zustimmen. Ich glaube aber, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger haben es satt, sich Woche für Woche Ihre Sonntagsreden anzuhören. Ich sehe kein Engagement für die Energiewende, für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich doch die Themen an, die auf dem Tisch liegen. Es wurde die Kraft-Wärme-Kopplung angesprochen. Warum lehnen Sie die Kraft-Wärme-Kopplung ab? Das ist völlig unverständlich. Ihr Wirkungsgrad beträgt bis zu 90 %, aber in der CSU gibt es kein Engagement für die Kraft-Wärme-Kopplung.

(Zuruf der Staatsministerin Ilse Aigner – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Was hören wir heute von der Wirtschaftsministerin? – Ein 10.000-Häuser-Programm wird aufgelegt. Ich weiß nicht, wie oft ich es schon erklärt habe: Sie können gern ein 10.000-Häuser-Programm machen. Sie

können auch ganz toll Bändchen durchschneiden. Sie werden auch ganz wunderbare Broschüren drucken. Sie werden Geld ausgeben. Für die Sanierung einer Heizung geben Sie in Zukunft 1.000 Euro aus. Sie werden auch viel Geld für die Gebäudeautomatisierung ausgeben, wobei Sie sich bei der Gebäudeautomatisierung den Grenznutzen teuer erkaufen. Wie oft muss man Ihnen noch erklären: Einfach Gebäude dämmen! 8.000 staatliche Gebäude! – Das gibt kein Bändchen, das gibt keine Broschüre, aber das bringt die höchste Energieeffizienz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie wollen das aber nicht verstehen, und Sie werden das auch nicht verstehen. Marcel Huber, Sie haben damals aus der Staatskanzlei in das Umweltministerium gewechselt. Ihr geliebtes Thema damals waren der Wasserkrafterlass und der Wasserkraftausbau. Vier Jahre Schweigen – kein Wasserkrafterlass, kein Wasserkraftausbau. Von Ihnen war nichts zu hören. Was ist auf Bundesebene mit einem ambitionierten Emissionshandel? Angesprochen wurde das, ja. Sie sagen, wir brauchen unsere bayerischen Gaskraftwerke. Herr Ministerpräsident, was passiert vor Ihrer Haustüre? – Sie wollen gerne Ihr modernes Gaskraftwerk am Netz haben. Dann sorgen Sie doch dafür, dass ein Rahmen geschaffen wird, damit der Emissionshandel funktioniert. Schaffen Sie einen Rahmen, damit wir hochmoderne Kraftwerke an das Netz bekommen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie zeigen aber kein Engagement. Sie wollen es nicht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Und Sie haben keine Ahnung!)

- Keine Ahnung? – Doch, ich habe Ahnung.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, die CSU ist seit 40 Jahren für die Atompolitik in Bayern verantwortlich. Das ist eine für mich völlig unverständliche Politik. Mit solchen Reden, wie sie momentan gehalten werden, würden Sie in der Kommunalpolitik nie im Leben zurechtkommen. Sie würden als Bürgermeister oder Bürgermeisterin gnadenlos abgewählt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum. Stellen Sie bei Ihrem Landrat oder Ihrem Oberbürgermeister den Antrag,

dass Sie gern ein Wohnhaus bauen würden. Der wird Ihnen sagen: Herr Ministerpräsident, Sie dürfen gern in Ingolstadt bauen, wenn Sie Ihr Abwasser entsorgen können. Wenn Sie das Abwasser aber nicht entsorgen können, wird er Ihnen keine Baugenehmigung erteilen. Sie und die CSU regieren hier in Bayern seit 40 Jahren mit der Atomkraft. Sie haben aber nie eine Regelung geschaffen, was mit dem atomaren Müll passiert. Die bayerischen Bürger zahlen jetzt die Zeche dafür, dass Sie 40 Jahre lang nicht bereit waren, dieses Thema auch nur annähernd anzugehen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ohne Abwasserentsorgung hätten Sie Ihre Baugenehmigung nicht bekommen! - Sie hinterlassen kommenden Generationen jede Menge strahlenden Müll. Ich bin gespannt, wie Sie das in Zukunft erklären wollen.

Sie wollen keine Bürgerenergiewende, Sie wollen keine regionale Energiewende, Sie wollen keine dezentrale Energiewende, und nun kommt die Spitze: Sie werden im Bund beschließen, dass es Ausschreibungsmodelle gibt. Das wird den Rest der Bürgerenergiewende zum Erliegen bringen. Was Sie mit der 10-H-Regelung begonnen haben, werden Sie jetzt mit den Ausschreibungsmodellen zu Ende bringen. Mit Ihnen wird Bayern nie Spitzenreiter in der Energiewende.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Dr. Bernhard.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Unser Problem in der heutigen Debatte ist, so glaube ich, dass Sie von der Opposition die Realität in Bayern einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und Sie nichts verstehen! – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ja, so ist das leider. Sie befassen sich stattdessen mit irgendwelchen Horrorszenarien und Beschuldigungen. Die Atomkraftwerke in Bayern werden planmäßig abgeschaltet - am Samstag das zweite. Ist das keine Energiewende, liebe Freunde? – Was ist das denn anderes als eine Energiewende in Bayern?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist unser Erfolg! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich sage nur: Fukushima!)

Sie wissen ganz genau: Wir setzen auf erneuerbare Energien. Das ist völlig klar. Das ist unser Plan. Wir brauchen aber den notwendigen Ersatz für die Reststrommenge, das ist auch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn ich die Meinungsumfragen ansehe, dann stelle ich fest, die Bevölkerung ist mit uns außerordentlich zufrieden, im Gegensatz zu manchem von Ihnen. Also, ich sehe da kein Problem. Wir haben jetzt das 10.000-Häuser-Programm aufgelegt. Das hat das Kabinett beschlossen.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Ist das vielleicht kein Beitrag zur Energiewende, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition? - Auch das ist ein Beitrag. Wir schaffen dieses Programm mit 90 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Schauen Sie doch einmal, wo so etwas bei Ihnen gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich muss der Energiedialog ausgewertet werden. Frau Kollegin, Sie wissen genau, das war damals ein Kompromissgespräch im Wirtschaftsausschuss. Letztlich sind Sie darauf nicht eingegangen. Uns interessiert aber auch, wie sich die Situation danach darstellt. Die Solarenergie läuft nach einer Flaute wieder relativ gut, weil es die dezentrale Energiespeicherung gibt und diese relativ stark vorankommt.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lassen Sie mich jetzt ein paar Bemerkungen zur Windenergie machen, weil Sie das immer wieder ins Gespräch bringen. Wenn sich die technischen Voraussetzungen ändern und das die Situation der Betroffenen verändert, muss man auch darüber nachdenken, den Rechtsrahmen zu verändern. Das ist doch selbstverständlich und hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man die Windenergie, eine erneuerbare Energie, blockieren möchte. Es ist eben so, dass inzwischen statt 80 Meter hohen Masten 220 Meter hohe gebaut werden und derjenige, der davor wohnt, eine andere Situation vorfindet als früher. Nichts anderes als eine entsprechende Anpassung haben wir hier zum Ziel.

Es geht darum, mit dieser Regelung die betroffene Bevölkerung zu schützen. Wir haben mit dieser Regelung die Mitbestimmung der Kommunen und auch letztendlich der Bürger gestärkt.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Märchen!)

Bisher gab es nur Regionalpläne und Konzentrationsflächennutzungspläne. Natürlich ist es so: Wenn eine Kommune heute mit Bebauungsplan von der 10-H-Regelung abweichen kann, ist das doch eine Supergelegenheit. Wenn es so ist,

(Zuruf von der SPD: Früher war das gar keine Diskussion!)

dass diese Bürgergenossenschaften, Herr Kollege, und wer auch sonst, ein so massives

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Neun Windräder sind gebaut worden!)

Interesse an der Windenergie haben, dann haben sie hier eine wunderbare Möglichkeit, von der 10-H-Regelung abzuweichen.

Wir haben auch die Interessen der Nachbarkommunen, um die es natürlich ebenso geht, im Blick. Auch sie müssen in gewisser Weise geschützt werden, wenn Kommunen solche Windenergieanlagen ohne Rücksicht auf die Betroffenen in den Nachbargemeinden an die Grenze bauen wollen.

Wir haben eine ausführliche Übergangsregelung geschaffen, was den Vertrauensschutz angeht – das ist, glaube ich, nicht zu beanstanden – und auch dahin gehend – das war ganz wichtig, und das haben wir auch in der Landtagsfraktion letztlich vorangebracht –, dass die Konzentrationsflächen ebenfalls Bestandsschutz genießen. Das, meine Damen und Herren, ist ein sehr wichtiger Punkt; denn es haben sich ungefähr – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – 150 Gemeinden in Bayern mit diesem Thema befasst und für ihre Gemeinde festgelegt: Jawohl, wir wollen Windenergie, und wir wollen Windenergie eben regional so positioniert haben.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das haben wir Ihnen doch schon zuvor gesagt!)

Wir haben dann gesagt, es macht keinen Sinn, wenn die Gemeinden hinterher noch einmal einen Bebauungsplan aufstellen müssen mit dem ganzen Verfahren und demselben Ergebnis, also haben wir das geschützt. Das bedeutet, dass das von den Gemeinden in Bayern für Windenergie identifizierte Potenzial nach wie vor realisiert werden kann. Diese Klagen gehen deshalb ins Leere. Es sind die Gemeinden, die das

wollen und die gesagt haben: Hier wollen wir das, und dort können Windenergieanlagen unabhängig von der 10-H-Regelung gebaut werden.

Wir haben hier eine vernünftige Regelung getroffen, die ein ausgewogenes Verhältnis herstellt zwischen denen, die bauen wollen, und denen, die betroffen sind. Insofern brauchen Sie über diese Dinge nicht zu lamentieren. Es sind ja auch immer noch 370 Verfahren in der Pipeline, und wir werden das Ziel von 1.500 Anlagen also vielleicht erreichen, wenngleich möglicherweise nicht ganz.

Ich meine, es ist ein sehr gutes Ergebnis, dass wir auch in diesem Bereich vorankommen wollen, wobei die Windenergie in Bayern – das ist uns allen klar – nicht der gänzlich entscheidende Faktor sein kann.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine zwei Vorredner von der CSU haben sich heute mehr oder weniger geschickt um den eigentlichen Kern der Debatte gedrückt: Es geht um die Atomkraft, um den strahlenden Müll, den Sie hier über Jahrzehnte produziert haben, den Sie hier verantwortet haben. Die "CSU-Castoren", möchte ich sagen, der CSU-Müll – das ist das drängende Problem derzeit, und darüber haben Sie sehr wenige Worte verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Blume, ich habe jetzt schon viele Reden von Ihnen gehört, aber die heutige war die schwächste Rede.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben zum Thema wirklich nichts beigetragen und auch Sachen vermischt und durcheinandergebracht. Es ging zum Beispiel darum, dass die Politik zu hektisch sei. Ja, Herr Blume, wie lange brauchen Sie denn, um zu begreifen, dass Atomkraft Atomtüll produziert?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Anscheinend dauern die Entscheidungsfindungen auch sehr lange; Herr Dr. Bernhard als bekennender Atomkraftbefürworter hat sich hier auch sehr schwer getan. Was mich heute schon sehr irritiert hat bei der Pressekonferenz, die Herr Marcel Huber gegeben hat, war das Bekenntnis zur Atomkraft – ich zitiere –: Wenn Fukushima nicht gewesen wäre, dann hätten

wir heute eine CO₂-freie Stromversorgung in Bayern. Herr Huber, was sind das für Aussagen? Wir haben klar gesagt, wir haben beschlossen, wir möchten raus aus der Atomkraft.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Wer hat es gemacht?)

Am Samstag wird endlich Grafenrheinfeld abgeschaltet.

Wir produzieren Jahr für Jahr in Bayern 75 Tonnen hoch radioaktiven Strahlenmüll, und ein kleiner Teil davon kommt jetzt zurück – konkret: ungefähr 50 bis 80 Tonnen. Bei dem Müll, den wir produziert haben – also nur die Jahresmenge, die Menge eines Jahres –, sind Sie nicht bereit zu sagen: Das ist unsere Verantwortung, wir nehmen ihn wieder zurück. Das ist verantwortungslos! Das ist keine Art, Politik zu machen!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sehen immer sehr gerne auf die anderen Bundesländer. Ich möchte Sie bitten, sehen Sie doch einmal die Bundesländer an, in denen Umweltminister von den GRÜNEN sitzen. Sie haben sofort gesagt: "Ja, wohl, wir haben das nicht verursacht, wir waren von Anfang an aus unserer Überzeugung heraus immer gegen Atomkraft", und Sie waren die Ersten, die gesagt haben: "Der Müll ist entstanden, er muss ordnungsgemäß entsorgt werden."

(Zuruf von der CSU)

"Wir brauchen sichere Zwischenlager, also ist es selbstverständlich, dass wir hier Verantwortung übernehmen." - Das ist grüne Politik. Das ist grüne, verantwortungsvolle Politik. – Das, was Sie machen, ist immer nur ein Abschieben. Sie schieben den Dreck den anderen hin. Das verurteilen wir in vollem Umfang.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zur Bürgerenergie – meine Vorredner, Herr Glauber, Frau Kohlen und Herr Hartmann, haben es erwähnt –: Sie haben gesehen, wie massiv die Zahlen zur Windkraft einbrechen, und es geht hier nicht um aufgestellte Anlagen,

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch nicht vergleichbar!)

sondern es geht um Anträge auf Genehmigung, Herr Blume.

(Erwin Huber (CSU): Ja, eben!)

Das ist ein großer Unterschied. – Hier sind wir um mehrere Hundert eingebrochen – 580 Anlagen 2013, 380 Anlagen im Jahr 2014, und jetzt sind wir bei 12 im ersten Quartal.

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch Blödsinn!)

Die Zahlen sind so etwas von eingebrochen, und zudem – es wurde erwähnt im Zusammenhang mit dem Ausschreibungsmodell –: Bürgerenergie hat unter Ihnen keine Chance mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Für uns ist deswegen die klare Aussage: Wir brauchen eine klare Politik. Wir brauchen klare Leitlinien, wohin es geht. Wir wollen Klimaschutz erreichen. Letzte Woche hatten wir auch noch einmal von Herrn Pschierer die Aussage, Bayern würde ja so gut dastehen in Bezug auf CO₂. Dank der Atomkraft stehen wir einigermaßen gut da, aber die negativen Folgen wollen Sie alle nicht sehen.

Wir sind klar für einen dezentralen Ausbau der Windkraft in Bayern und einen dezentralen Ausbau der Energieversorgung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also gegen die Stromtrasse!)

Wir sind für ein Gebäudesanierungsprogramm, und zwar für ein flächendeckendes, nicht die kleinen Programme, die wir jetzt haben, indem wir 10.000 Häuser sanieren.

(Erwin Huber (CSU): 35.000!)

Das ist sehr, sehr gut, aber wir brauchen flächendeckend ein gutes Modell. Dorthin wollen wir kommen. Sie blockieren das derzeit in Berlin. Ihre Blockadepolitik ist so umfassend, dass wir sagen können: Bitte treten Sie zurück, Sie können es nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich den Kollegen Kirchner zum Rednerpult.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind ein paar Dinge zu relativieren. Herr Stümpfig, Sie haben über die Art der Politik gesprochen. Hierzu möchte ich Ihnen schon noch einmal in Erinnerung rufen, wie dezidiert das Thema Endlagerung bei der Ministerpräsidentenkonferenz 2013 besprochen wurde.

(Zuruf von den GRÜNEN)

In der Vereinbarung ist unter Nummer 5 klar festgelegt:

Die Entscheidung, in welche Zwischenlager die Behälter transportiert werden, soll aufgrund objektiv nachprüfbarer Kriterien erfolgen. Dabei sind unter anderem Aspekte der Sicherheit und der Kosten zu berücksichtigen.

Nummer 6 – jetzt hören Sie zu, Herr Stümpfig -:

Die Entscheidung für ein bestimmtes Standort-Zwischenlager kann nur mit Zustimmung des betroffenen Bundeslandes erfolgen.

Diese Verabredungen sind einseitig vom Bund und von den anderen Ländern aufgekündigt worden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die neue Regierung!)

Das ist eine Art der Politik, die man nicht akzeptieren kann. Das ist Ihre Politik, wie Sie sie in den Ländern, wo Sie an der Regierung beteiligt sind, betreiben, im Bundesrat und überall. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

"Kohnen soll sich lohnen." - Ich habe genau zugehört. Den Lohn habe ich noch nicht gefunden, Frau Kohnen. Ich muss feststellen: Den Punkt Ausbauziele haben Sie angesprochen. Ich bin im gleichen Ausschuss wie Sie. Ich war auch mit Ihnen im Energiedialog, und ich kann mich sehr wohl an die Aussage unserer Frau Ministerin erinnern und an die Ergebnisse des Energiedialogs, wo klar festgehalten worden ist: Bis gewisse Rahmenbedingungen, die im Nachgang zu klären sind, auf Bundesebene geklärt sind, gelten die Ausbauziele, wie sie 2011 festgelegt wurden. Daher verstehe ich Ihre Diskussion nicht, was Sie hier erwarten, was für Sie noch aussteht, wo Sie eine Information vorenthalten bekommen.

Das Zweite ist der Bericht zur Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber haben wir sehr wohl gesprochen, und wir haben auch Ihren Antrag mit umformuliert und ihm zugestimmt.

Dann das Thema Alpenverbund. Wenn Sie der Debatte genau zugehört haben, dann wissen Sie, dass wir uns eigentlich einig waren, dass gewisse Dinge im Alpenverbund schon längst gelebte Praxis sind und dass gewisse Dinge, wie sie hier gefordert sind, schon gelebt werden und existent sind. Also auch da: nicht abgelehnt, sondern bereits vorgelebt.

Das sind die Punkte, die man an dieser Stelle ansprechen sollte. Insgesamt sollte man, wenn man die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde im Blick hat, drei Dinge festhalten:

"Totalblockade durchbrechen": Ich würde diese Überschrift oder dieses Thema so interpretieren, dass Sie die Interessen der Menschen in Bayern verkaufen und dabei noch die Interessen anderer Bundesländer mit vertreten. Ist das bayerische Politik?

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest: Kein anderes Land in Deutschland setzt sich so intensiv mit der Energiewende auseinander wie Bayern. Erst durch die Initiative Bayerns sind in diesem Zusammenhang gewisse Themen, die zu klären sind, überhaupt angesprochen worden, ins Rollen gekommen, zur Diskussion und in den Fokus gestellt worden.

Für uns steht die effiziente Verwendung von Energie an erster Stelle. Da hilft ganz klar die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die an anderer Stelle blockiert wird durch irgendwelche Steuermodelle und Gegenrechnungen. Unser 10.000-Häuser-Programm ist ein Kick-off, um diese Themen attraktiv zu machen und zu gestalten.

Sie haben die Kraft-Wärme-Kopplung angesprochen. Gerade Bayern fordert ja, dass die Kraft-Wärme-Kopplung neu in den Fokus gerät, dass sie mehr ausgenutzt wird, dass 25 % dort vorgebracht werden. Gerade Bundesminister Gabriel bzw. die Bundesebene wehrt sich hier, indem sie sich ausschließlich auf die thermische Stromerzeugung konzentriert.

Ich denke, wenn wir uns die Fakten ins Bewusstsein rufen, dann müssen wir schon sagen: Was wir brauchen, ist Versorgungssicherheit und keine Versorgungswahrscheinlichkeit. Mit dem Energy-only-Markt und dem EEG ist ein völlig verzerrtes Marktmodell entstanden, das uns nicht weiterbringt.

Wenn die Vorredner der Opposition vorhin das Strommarktdesign angegriffen und infrage gestellt haben, die Motivation Bayerns hier infrage gestellt haben, dann leite ich für mich im Umkehrschluss ab, dass es für Sie das Ziel ist, die Bestandskraftwerke, die Braunkohlekraftwerke, als Basis für unsere Energieträger der Zukunft zu sehen. Da muss ich sagen: Pfui!

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie halten ja an dem alten Kraftwerk fest!)

- Sie halten an den alten Kraftwerken fest.

Mit der Abschaltung jedes weiteren Kraftwerkes und mit dem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, deren Produktion sehr stark schwankt, brauchen wir mehr Netz- und Systemabsicherungen. Daher sind besonders effiziente Kraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen zu halten, eben die Gaskraftwerke in Bayern, die immer wieder angesprochen worden sind.

Wenn wir über Konzepte sprechen, dann muss ich schon feststellen: Seit November 2014 gab es zwölf Gelegenheiten, hier Konzepte mit einzubringen. Bis zum heutigen Tag hat niemand von Ihnen auch nur den Ansatz eines Konzeptes in diese Diskussion eingebracht. Was uns auf der ganzen Ebene fehlt, ist ein Konzept auf Bundesebene, ein Konzept, wie die Energiewende vorangebracht wird. Erst wenn dieses Konzept verfügbar ist und dabei die Gedanken aus bayerischer Sicht berücksichtigt sind, wie man eine Energiewende sinnvoll gestalten und Versorgungssicherheit herstellen kann, erst dann können wir über die Punkte sprechen, die Sie immer so polemisch mit einbringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich Frau Staatsministerin Aigner zum Rednerpult.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt sehr aufmerksam der Debatte gelauscht, insbesondere den Initiatoren von den GRÜNEN, aber auch dem Koalitionspartner zumindest auf der Berliner Ebene, der SPD, und habe festgestellt, dass sich eines durch die Debatte hindurchzieht: dass Sie sich letztendlich immer gegen bayerische Interessen aussprechen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen das an drei Beispielen zeigen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Das eine Beispiel ist: Wenn wir sagen, wir wollen bei uns eine sichere Versorgung, zum Beispiel mit Gaskraftwerken, dann ist das zu teuer. Wenn es aber um den Ausbau von Offshore-Anlagen geht, der mehr als doppelt so teuer ist, an der Ostsee und an der Nordsee, wo Ihre Parteien regieren, dann spielt das Geld keine Rolle. Das finde ich etwas schräg, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es zweitens natürlich nicht nur um den Transport von erneuerbaren Energien geht, sondern auch

um den Export aus den Kohle-Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, wo Sie regieren, dann höre ich von Ihnen kein Wort. Dass das gerade die GRÜNEN so machen, das finde ich auch etwas schräg, mit Verlaub.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn drittens das Land Niedersachsen, das sehr lange bei Gorleben Erkundungen für das Endlager durchgeführt hat, sagt: "Wir wollen das nicht", dann finden Sie das auch total toll. Wenn wir darüber diskutieren, das im Gesamtpaket zu verabschieden, wie wir das ausgemacht haben, dann höre ich weder von Ihnen etwas noch vom Landesvorsitzenden der SPD, der eigentlich auch bayerische Interessen vertreten könnte, mit Verlaub.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch ein paar weitere Punkte. Zunächst zum Punkt, mit der 10-H-Regelung würden wir den Ausbau schädigen. Jetzt will ich Ihnen auch noch ein paar Zahlen sagen.

Im ersten Quartal 2015 wurden in Baden-Württemberg fünf neue Anträge genehmigt.

(Zuruf von der SPD: Wer hat denn dort regiert?)

- Wie lange ist denn die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg schon dran? Es gibt keine 10-H-Regelung in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der CSU: Das hören sie nicht gern!)

In Bayern sind 25 Anträge genehmigt worden, das Fünffache von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

Das Nächste: Wir haben immer gesagt, und das halte ich nach wie vor für das Richtige,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass man, bevor man Energie produziert oder verteilt, sich über die Effizienz unterhält. Auch hier noch einmal: Ich höre nichts in diesem Haus, dass ein Appell an die rot-grünen Länder geht, endlich die energetische Gebäudesanierung im Bundesrat nicht weiter zu blockieren, sondern durchzulassen. Ich höre nichts davon.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir jetzt nicht mehr haben abwarten können, haben wir heute im Kabinett und auch in der Fraktion

ein 10.000-Häuser-Programm verabschiedet, wo wir in Energieeffizienz, in Energieeinsparung, in Heizkesseltausch investieren wollen, damit weniger Energie verbraucht wird und Energie auch effizienter eingesetzt wird. Das unterstützen wir mit 90 Millionen Euro als einziges Land.

(Beifall bei der CSU)

Zur nächsten Frage: Selbstverständlich stehen wir zum Ausstieg aus der Atomenergie. Am Samstag geht Grafenrheinfeld vom Netz. Haben Sie das nicht mitgekriegt, alle miteinander? Es geht vom Netz, und Isar II und Gundremmingen, der letzte Block, werden auch vom Netz gehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Viel zu spät!)

- Das ist ja wunderbar.

Wir werden weiter voranschreiten. Deshalb bauen wir im Moment auf die Thüringer Strombrücke. Ich sehe da keine großen Verteidigungslinien bei der Opposition. Die sagt: Das ist alles total toll. Wir bauen es, wir haben es durchgesetzt, die Regierungen haben es genehmigt, und jetzt wird es auch gebaut, weil es notwendig ist. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gehen wir noch einmal zu den Leitungen; denn ich bin ja da schon ein bisschen länger dabei. Schauen Sie sich bitte einmal den Netzentwicklungsplan 2024 an, und dann nehmen Sie einmal eine schöne Linie von der Nordsee nach Baden-Württemberg, weil nämlich drei Leitungen von der Nordsee drinstehen: zwei nach Baden-Württemberg, eine nach Bayern, nach Grafenrheinfeld. Bei dieser Linie hat von Anfang an keiner erkennen können, dass das so geplant ist wie jetzt von der Bundesregierung, dass die Leitung nach Grafenrheinfeld hineingeht und dann von Grafenrheinfeld wieder hinausgeht nach Baden-Württemberg. Das hat keiner gesagt. Deswegen haben wir gesagt, das ist nicht die Geschäftsgrundlage. Deshalb werden wir mit den Baden-Württembergern reden. Es ist schon beachtenswert, dass sich eine baden-württembergische Regierung, die nach den jetzigen Planungen nur 130 Kilometer an Neubau zu verkraften hat, während Bayern 420 Kilometer zu verkraften hat, aufmandelt, wenn wir sagen, das ist keine gerechte Verteilung. Das kann ich noch nachvollziehen; aber dass Sie das verteidigen, das verstehe ich überhaupt nicht!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Volltreffer!)

Liebe Frau Kohnen, wer lesen kann, ist deutlich im Vorteil. Lesen Sie sich bitte die Stellungnahme meines Hauses zum Netzentwicklungsplan durch. Da steht sehr genau drin, was wir immer schon gesagt haben, dass erst einmal alle anderen Sachen geregelt werden müssen, nämlich die Energieeffizienz, die Kraft-Wärme-Kopplung und das Strommarktdesign, und wir erst dann über die Frage reden, was mit den Leitungen ist. Für den Fall, dass wir sie brauchen, haben wir ein paar Bedingungen. Wir müssen darauf hinweisen, dass die Bundesregierung in Grafenrheinfeld ganz still und heimlich auf einmal weitere Netzverstärkungsmöglichkeiten außen rum mit insgesamt sechs Leitungen vorsieht,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sechs Leitungen!)

sechs Leitungen mit einer Bündelung von 20 Gigawatt! Das ist ein Viertel der Höchstlast in Deutschland. Jetzt frage ich Sie, ob das aus Sicherheitsgesichtspunkten, ganz abgesehen davon, dass das eine Belastung für die Region ist, sinnvoll ist. Ich sage: Nein, ist es nicht. Deshalb verhandeln wir gemeinsam mit der Bundesregierung. Deswegen ist klar, dass diese Bündelung in Grafenrheinfeld nicht stattfinden wird. Wir sind ein bisschen weiter als Sie.

(Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das haben wir schon verhandelt!)

- Genau, das haben wir. – Zur Südost-Passage noch ein Wort: Sie hätten sie sofort so geschluckt, wie sie ist, so wie Amprion vorgegangen ist.

(Klaus Adelt (SPD): Mit Sicherheit nicht! – Gegenrufe von der CSU)

- Natürlich hätten Sie das gemacht. Sie waren ja sehr begeistert. Wir haben massiv verhandelt und werden, übrigens gemeinsam mit Sigmar Gabriel, mehr Erdverkabelung und vor allem die Nutzung von Bestandsstrassen voranbringen, was bisher immer ausgeschlossen worden ist. Das ist eine deutliche Veränderung.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich komme noch zur Frage der Notwendigkeit. Auch da – das muss man ganz ehrlich sagen – hatten wir im Koalitionsausschuss ganz anders gewettet. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir Kapazitätsmärkte auf den Weg bringen. Was liegt bisher vor? - Nichts. Sigmar Gabriel geht gemeinsam mit seinem Staatssekretär Baake von den GRÜNEN davon aus, dass es ausschließlich mit dem Energy-only-Markt funktioniert. Das ist seine Theorie. Wenn wir einen Kapazitätsmarkt hätten, indem wir bei uns

Kapazitäten, und zwar dezentral, vorsehen, bräuchten wir das nicht. Nein, wir brauchen die Leitungen vor allem, um den Import von Kohlestrom und sonstigem Strom zu organisieren, der durch die ganze Bundesrepublik transportiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sagen wir: Es muss einen Kompromiss geben. Wenn alle das wollen, brauchen wir ein Gesamtpaket. Ein solches fehlt bisher. Mit Verlaub, Sigmar Gabriel sagt immer, wir bekommen Irsching. Das glauben wir ihm auch. Das hat er uns beiden gemeinsam zugesagt. Wir sollen zusätzlich schnell regelnde Gaskraftwerke bekommen. Aber ich brauche das irgendwann einmal schriftlich. Einen Blankoscheck stelle ich nicht mehr aus.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Dasselbe gilt letztendlich für die Atommüll-Zwischenlagerung. Ich kann es noch einmal vorlesen. Der Kollege Kirchner hat es auch vorgelesen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bitte noch einmal!)

Das ist das offizielle Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hier steht:

(Hans Herold (CSU): Zuhören!)

Die Entscheidung für ein bestimmtes Standort-Zwischenlager kann nur mit Zustimmung des betroffenen Bundeslandes erfolgen.

Mit Zustimmung!

(Markus Rinderspacher (SPD): Von wann ist das Papier?)

- Das ist von 2013; aber trotzdem stimmt es noch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen, was seitdem schon alles passiert ist!)

- Ja, aber das gilt nach wie vor.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie kennen die Gespräche, die inzwischen stattgefunden haben, Frau Aigner!)

- Die Gespräche finden statt. Es war mit Ihrem Parteivorsitzenden, Herr Rinderspacher, und mit den Ministerpräsidenten vereinbart, dass man alles im Gesamtpaket, gemeinsam mit der Energiewende, gemeinsam

mit der Leitung, gemeinsam mit dem Strommarkt verabschiedet.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sind zwei unterschiedliche Ressorts; das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Das war die Abmachung, und er hat es meines Wissens auch gar nicht gewusst. Das ist die entscheidende Frage!

(Beifall bei der CSU)

Nochmals abschließend: Ich würde mir auch von einer bayerischen Opposition wünschen, dass sie in erster Linie bayerische Interessen vertritt, nicht irgendwelche anderen Interessen!

(Zustimmung des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das ist mein Ansatz. Dafür könnten wir Sie brauchen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): So ein Schmarrn, Frau Aigner! So ein Schmarrn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

- Herr Roos, Sie sind nicht gefragt! Bitte schön!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Ministerpräsident Horst Seehofer: SPD: Gegen alles! – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Die Neinsager-Partei seid ihr, sorry! Die Neinsager sitzen dort drüben! – Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat, können wir weitermachen. – Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)
- Erste Lesung -

(Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat und alle Kolleginnen und Kollegen in der Lage waren, wie-

der ihren Platz einzunehmen, werde ich in der Tagesordnung fortfahren. – Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Professor Dr. Piazzolo. – Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist unser Ziel bei der Einführung bzw. Wiederbelebung des Diploms? – Zum einen und Ersten wollen wir die Marke stärken, das Diplom als Titel. Ich hatte schon in der letzten Woche gesagt: Dieser Titel ist in der ganzen Welt anerkannt, er ist unbestritten, und er ist von hohem Wert. Wir hätten damit in Bayern einen internationalen Wettbewerbsvorteil. Der Titel ist eingeführt und nicht erklärungsbedürftig.

Es geht uns aber nicht nur um den Titel, sondern auch um den Inhalt. Das heißt, wir wollen nicht das alte Diplom, sondern ein Diplom, wie es sich die FREIEN WÄHLER vorstellen. Es wird einen Qualitätsstandard haben, um den uns die anderen Bundesländer und die anderen Länder beneiden werden. Dieses Diplomstudium, wie wir es planen, hat Exzellenzanspruch. Es ist berufsqualifizierend, das heißt, ähnlich wie der Bachelor, aber besser, weil es mit 240 ECTS-Punkten stärker als der Bachelor und praxisorientiert ist. Wir wollen bei diesem Diplom entweder ein weiteres Praktikumssemester oder zusätzliche Praktika. Wir wollen es in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anwendungsorientiert und zusätzlich wissenschaftsfundiert ausgestalten mit einer Diplomarbeit zwischen 80 und 120 Seiten, die ihren Namen verdient, nicht wie viele Bachelorarbeiten, die bei 30 Seiten stehen bleiben.

Auf der einen Seite steht das Diplom als Marke, auf der anderen Seite der Inhalt. Zusammen werden wir dieses Diplom, wie es die FREIEN WÄHLER wollen, zu einem Premiummodell machen. Das kann ein besonderes Gütesiegel der bayerischen Hochschullandschaft werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen wir dieses Ziel erreichen? – Dazu dient der vorliegende Gesetzentwurf. Wir wollen Artikel 57 des Bayerischen Hochschulgesetzes ändern. Bislang ist dort geregelt, dass für Erststudierende nur der Bachelor möglich ist. Dies wollen wir ändern. Wir wollen außerdem das Diplom als Regelstudium ermöglichen, also Diplomstudiengänge wieder einführen. Wir stehen zu diesem Gesetzentwurf und hoffen auf Zustimmung, obwohl gestern die dpa die Meldung durch Bayern schickte: Die CSU stimmt grundsätzlich keinem Ge-

setzentwurf der Opposition zu. – Was für ein Armutszeugnis, wenn eine Regierungsfraktion sagt: Wir stimmen einem Gesetzentwurf der Opposition nicht zu, egal was in diesem Gesetzentwurf steht! – So ging es gestern über die dpa in die Welt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Dann müsst ihr eben gescheite Gesetzentwürfe bringen!)

Wir wollen finanzielle Anreize schaffen. Wenn eine Hochschule ein solches Studium entwickelt, soll sie über Zielvereinbarungen Stellen, Geld und Ressourcen bekommen.

Wir werden die Bedenkenträger offensiv entlarven. Die Bedenken, die in der letzten Debatte zu unseren Ideen geäußert wurden, waren sachlich falsch, insbesondere die Bedenken, die vonseiten der CSU geäußert wurden. Ich hatte das Gefühl, dass dort eine richtige Wagenburgmentalität herrscht: Wir verstecken uns hinter ein paar Vorwürfen und schauen ganz schüchtern raus.

Was wurde gesagt? – Wir würden Verwirrung in Deutschland schaffen, wenn wir ein Diplom einführen. Meine Damen und Herren, wir haben bereits andere Abschlüsse. Wir haben zum Beispiel das Staatsexamen. Und selbstverständlich gibt es immer noch Diplomstudiengänge in Bayern. Das Diplom gibt es an allen Verwaltungshochschulen. Die Staatsregierung hat sich sogar zu Recht dagegen gewehrt, diese Studiengänge abzuschaffen. Das bedeutet, für den Staat wollen Sie Diplomabgänger haben, der Wirtschaft verweigern Sie jedoch Diplomabsolventen. Das ist inkonsequent, unfair und schizopren. Diese drei Begriffe passen auf dieses Verhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Staatsminister hat erklärt, es sei keine Akkreditierung möglich. Auch das ist falsch. Eine Einzelakkreditierung ist nicht möglich, aber selbstverständlich eine Systemakkreditierung, die immer mehr im Kommen ist. Viele Hochschulen haben sie. Die TU Dresden hat sie ohnehin, aber auch die TU München und die Universität Erlangen haben sie. Dort wird eine ganze Fakultät akkreditiert. Dies wäre auch für einen Diplomstudiengang möglich. Diese Behauptung ist somit falsch.

Mehrere Kollegen haben angemahnt, wir würden in Europa einen Sonderweg gehen, wenn wir ein Diplom einführen. Das schlägt dem Fass den Boden aus. Abgesehen von diesem Begriff, der historisch belastet ist: Nirgendwo steht, dass Bachelor- und Masterabschlüsse vereinheitlicht werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wie viele

der 48 Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung diesen Prozess tatsächlich schon weit vorangetrieben haben? – Nur ein Viertel dieser Staaten, nämlich zwölf Staaten. Ich werde Ihnen jetzt ein paar Beispiele nennen, welche Abschlüsse es in anderen Staaten gibt. Glauben Sie etwa, dass alle anderen Unterzeichnerstaaten Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt haben? – Das ist nur in ganz wenigen Ländern der Fall.

Glauben Sie wirklich, dass die Franzosen diese englischen Begriffe verwenden? Wie heißt in Frankreich der Abschluss des Bachelorstudiums? – Licence. Wie heißt der Abschluss, den Sie bei einem Master- oder Staatsexamensstudiengang im Fach Medizin in Frankreich erwerben? – In Frankreich heißt dieser Abschluss Diplôme d'État. Die Franzosen haben also das Diplom.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Sehen Sie sich einmal die Ecole Supérieure in Frankreich an. Diejenigen Hochschulen, die für den Staat ausbilden, also die besten Hochschulen, nennen ihren Abschluss "Diplôme". Die Franzosen haben also das Diplom, und wir, die wir die Erfinder dieses Begriffes sind, schaffen es ab. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man nur so dumm sein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Belgien heißt der Abschluss Bachelier. In Polen heißt er Licencjat. In Italien heißt er Laurea di primo livello. In allen Ländern gibt es unterschiedliche Begriffe. Die Staatsregierung stellt sich jedoch hin und sagt: Wenn wir das Diplom wieder einführen würden, würden wir für Verwirrung in Europa sorgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber kann man nur lachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Begriff "Diplom" wird inzwischen in anderen Ländern häufiger verwendet als bei uns. Ich sage ganz deutlich: Das Diplom-Modell, das wir FREIEN WÄHLER möchten, zeichnet sich durch vier Eigenschaften aus:

Dieses Modell ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee. Ein dreijähriges grundständiges Studium schließt mit dem "Bachelor" ab, ein vierjähriges grundständiges Studium mit dem "Diplom". Daran schließt sich ein weiterführendes Studium "Master" an. Das ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee.

Das Modell der FREIEN WÄHLER ist daneben so sparsam wie eine schwäbische Hausfrau. Dieses Studium kostet kaum mehr Geld.

Das Modell ist vom Inhalt her außerdem edel wie ein fränkischer Bockbeutel.

Schließlich ist es stark wie ein niederbayerischer Stier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem ist dieses Modell einfach gut. Das müssen Sie anerkennen. Sie sollten unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Besten Dank, Herr Kollege, auch für diese gesamt-bayerische Anpreisung Ihres Modells. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Radlmeier von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie lehnen das Modell ab, weil er die Oberpfalz vergessen hat!)

Helmut Radlmeier (CSU): Herr Kollege, die Oberpfalz hätte schon noch dazugehört!

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es um einen Gesetzentwurf, der Bayern, falls er Zustimmung finden sollte, in meinen Augen in der Wissenschaftspolitik weit zurückwerfen würde. Wir haben bereits in der letzten Aktuellen Stunde über dieses Thema gesprochen. Ich habe in der vergangenen Woche klargemacht: Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag lehnt diesen Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ab.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich deshalb heute auf den Telegrammstil beschränken. Seit der letzten Woche gibt es außer dieser dpa-Meldung – lassen wir sie einmal so stehen – keine neuen Argumente zu diesem Themenblock.

Was wollen die FREIEN WÄHLER? – Die FREIEN WÄHLER wollen mit diesem Gesetzentwurf der mangelnden Praxisorientierung der Bachelorstudiengänge begegnen und dem hohen Interesse von Bachelorabsolventen an einem weiterführenden Masterstudium entgegenwirken. Aus unserer Sicht besteht für diesen Gesetzentwurf kein Bedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen kein "Kommando zurück".

Ich möchte meine Aussagen mit mehreren Studien aus jüngster Zeit, die auf Befragungen von Unternehmen und Absolventen beruhen, belegen. Die jüngsten Studien stammen vom Stifterverband für die Deutsche

Wissenschaft und dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Außerdem nenne ich das Bayerische Absolventenpanel 2014 des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung. Diese Studien belegen, dass in fast allen betrachteten Fächern die Absolventinnen und Absolventen der Bachelor- und Masterstudiengänge einen gleich guten oder besseren Praxisbezug als Diplom-Absolventen haben.

Zudem wurde deutlich, dass insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften den Praxisbezug in der Lehre bei den neuen Studiengängen bereits deutlich intensiviert haben. Der Missstand, den Sie ansprechen und auf den Sie mit Ihrer Reform reagieren möchten, besteht also gar nicht. Außerdem wird das zweite Ziel, das die FREIEN WÄHLER anführen, mit dem Entwurf nicht erreicht, nämlich die Reduzierung der Zahl von Masterstudierenden.

Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs käme einem Ausstieg aus der Bologna-Erklärung gleich. Dieser Bologna-Erklärung haben 48 Staaten zugestimmt. Diese Zahl spricht für sich. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge wurde inzwischen mit 847 Bachelor- und 859 Masterstudiengängen komplett vollzogen. Wir wollen nicht aus der Bologna-Erklärung aussteigen und alle diese Fortschritte zunichtemachen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):
Das will doch niemand!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" für ein neues Studiengangformat würde zudem – anders als Sie das gesagt haben – zu Intransparenz und zu einer Titelverwirrung führen; denn der Begriff "Diplom" wäre nun mehrdeutig. Ich habe es letzte Woche schon gesagt, ich möchte es nicht noch einmal sagen. Die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" wäre keine kleine Korrektur, wie Sie behaupten, sondern sie wäre die Rückkehr in das Wissenschaftszeitalter vor Bologna, vor 1999.

Auch unseren Studierenden würden wir schaden. Die Reform wäre ein Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit und die wachsende Mobilität unserer Studierenden. Die erfolgreichen Bemühungen unserer Hochschulen um internationale Wettbewerbsfähigkeit würden ebenfalls erheblich zurückgeworfen. Dies haben nicht zuletzt TU-Präsident Herrmann und der Verein "Hochschule Bayern e. V." in Pressemitteilungen dargelegt.

Letzte Woche habe ich Präsident Herrmann zitiert. Heute möchte ich den Präsidenten der Vereinigung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in

Bayern, Herrn Michael Braun, eine renommierte Persönlichkeit, zitieren. Er sagt, die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten es seit der Bologna-Erklärung von 1999 fertiggebracht, ein attraktives, stark nachgefragtes und qualitätsgesichertes Angebot an praxisorientierten Studiengängen aufzulegen. Dies würden den Hochschulen regelmäßig die Partner in den Unternehmen, in den Verbänden und den Kammern bestätigen, die über Wirtschaftsbeiräte und Akkreditierungsagenturen direkt in die Entwicklung der Studiengänge einbezogen würden; entgegen der Kritik an der Praxistauglichkeit und der fachlichen Qualität der Absolventinnen und Absolventen sei der Bachelor durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu einem ersten wirklich berufsqualifizierenden Abschluss entwickelt worden. – So Präsident Braun.

Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis nennen. Auch unser Landshuter HAW-Präsident, Professor Stoffel, mit dem ich in ständigem Dialog bin, sieht sehr gute Berufschancen nach einem Bachelorabschluss. Nach dem Bachelorabschluss ist es für viele Studierende ein klarer Schritt, für den Master einen anderen Studienort aufzusuchen. Im Wesentlichen gibt es in den Masterstudiengängen einen höheren Anteil Studierender aus fremden Regionen als in den Bachelorstudiengängen. Deshalb ist hier pauschale Kritik fehl am Platz und nicht angebracht.

Ein weiteres Argument für die Umstellung auf Bachelor und Master ist die Internationalisierung. Wir haben gleiche Programme, und auch bei den Diplomstudiengängen wird in der gleichen Sprache gesprochen. Das spricht für sich.

Ein weiteres Praxisbeispiel, das dies beleuchtet: Die HAW Landshut hat einen Partnerschaftsvertrag mit der anerkannten Clemson University in South Carolina. Hier wird auch noch einmal ganz deutlich, dass die Anstrengungen der letzten Jahre vom Wissenschaftsministerium, die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland zu erleichtern, auch den Studienaufenthalt im Ausland für die Studentinnen und Studenten attraktiver machen. Das ist absolut positiv zu bewerten.

Das heißt aber nicht, dass es bei Bologna keine Defizite gibt. Wir haben es in der letzten Woche schon besprochen. Minister Spaenle hat selbst darauf hingewiesen, dass die Vielzahl der Bachelorstudiengänge – ich nenne nur die Stichworte Auswählerleichterung und Ausdifferenzierung – nochmals zu hinterfragen ist. Die Einführung eines weiteren Studiengangs mit dem Abschluss "Diplom" stellt unseres Erachtens kein geeignetes Heilmittel dar. Die Vielzahl der Studiengänge ist aber keineswegs die notwendige oder un-

mittelbare Folge der Umstellung des Systems auf Bachelor und Master. Wir sollten uns daher in den nächsten Jahren intensiv darum bemühen, einen Dialog mit den Hochschulen zu führen, um die Zahl der Studiengänge entweder zu reduzieren oder eine größere Vergleichbarkeit der Studiengänge zu erreichen. Dieses Thema ist aber kein rein bayerisches, sondern es wurde erst jüngst bei der Konferenz der hochschulpolitischen Sprecher Mitte Juni in Hannover angesprochen. Ich nenne nur das Stichwort Studiengangsinflation.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass wir den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER in den weiteren Beratungen ablehnen werden. Er ist ein Versuchsballon, der gestartet wurde. Wir sollten uns im Ausschuss den geänderten Herausforderungen in der Gesellschaft stellen und im Hinblick auf die Ausdifferenzierung eventuell eine Anpassung vornehmen, aber immer unter der Prämisse, das bestehende System weiterzuentwickeln. Wir brauchen kein Premiummodell. Wir haben ein sehr gutes bestehendes System, das es weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen Verlässlichkeit für die Studierenden, und wir brauchen Planungssicherheit für die Hochschulen und die Universitäten. Hier geht es nicht um Waren, die wir ganz beliebig mal so und mal anders auszeichnen oder betiteln. Wir brauchen nicht, wie es der Kollege so schön gesagt hat, eine Marke oder ein Etikett. Wir brauchen Fach- und Führungskräfte von morgen, welche die Zukunft unseres Landes sichern. Darum werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Rosenthal von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf mit der Überschrift "Wiederbelebung des Diplomstudiums", den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben und den der Kollege Piazzolo hier vertreten hat, geht einen schwierigen Gang. In der Analyse und Problembeschreibung, die Sie dem Gesetzentwurf voranstellen, sind viele richtige Argumente genannt worden. Richtig ist, dass die Entwicklung des Bologna-Prozesses – das kann man auf EU-Ebene immer wieder lesen und hören – noch nicht rund läuft. Richtig ist sicherlich auch, dass viele Erwartungen, die mit dem Bologna-Prozess verbunden waren, erst nach und nach sichtbar werden. Dieser Prozess, der seit 1999 auf euro-

päischer Ebene vorbereitet und 2006 eingeleitet worden ist und der das Ziel hatte – darum geht es, und das kommt mir zu kurz -, eine uneingeschränkte Mobilität von Studierenden und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern auf europäischer Ebene und die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen zu erreichen, ist nicht so gelaufen, wie wir es uns an vielen Stellen gewünscht haben.

Auch die EU-Kommission stellt in ihren Berichten fest, dass nur sieben von zehn Studierenden die Hochschulausbildung abschließen. Das heißt, wir haben eine Abbruchquote zwischen 30 und 50 %. Bei der Mobilität werden mehrere Punkte als Probleme ins Feld geführt: die fehlende finanzielle Unterstützung und die mangelnden Sprachkenntnisse, die als die größten Barrieren für die Studierenden bei der Mobilität definiert werden. Im inneren Prozess der Bologna-Reform ergibt dies einen erheblichen Nachholbedarf. Ist es da richtig, das alte Diplom zur Erreichung von Einheitlichkeit im europäischen Raum einfach dazwischenzuschieben? Zwischen Bachelor und Master soll es ein neues Etikett geben. Sie, Herr Professor Piazzolo, haben es selber als "Etikett" bezeichnet. Vom Etikett zum Etikettenschwindel ist es aber nicht weit.

In der Analyse, dass viele Probleme aufgegriffen werden sollen und müssen und dass wir um die Einheitlichkeit dieses europäischen Prozesses weiter ringen müssen, stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Die Kernziele, die auf europäischer Ebene von den nunmehr 48 Mitgliedstaaten vereinbart worden sind, wollen wir doch nicht aufgeben. Die Kernziele heißen gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen, Transparenz, Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung und die Verwendung von Transparenzinstrumenten, wie zum Beispiel das europäische Kreditpunktesystem.

All das – da sind wir uns einig – sind Fortschritte. In diesem Zusammenhang ist das Diplom, so wie Sie es vorgestellt haben, für mich und für meine Fraktion nicht überzeugend. Kein "Kommando zurück", kein Wiederstart für das Diplom – das würde einen unglaublichen Prozess einleiten und viel Energie in die falsche Richtung lenken. Das Diplom bezeichnen Sie als wichtiges Markenzeichen. Viele deutsche Universitäten garnieren ihren Masterabschluss mit dem Diplom. An diesen Universitäten kann man sich orientieren. Damit wäre das, was Sie als Etikett bezeichnet haben, ausführlich umgesetzt.

Das Tempo der Hochschulreform muss erhöht werden. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Die Finanzmittel, welche die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer in die Bildung stecken, sind nach wie

vor zu niedrig. Das sind 1,4 % unseres Bruttonettoproduktivs. Vergleichbare kleinere Länder machen sehr viel mehr. Die Relation Lehrende zu Lernenden ist absolut unbefriedigend. Die Abbrecherquoten – darin sind wir uns auch einig – können so nicht hingenommen werden. Wir überfordern den akademischen Mittelbau. Bei diesen Punkten haben Sie uns an Ihrer Seite. Darüber müssen wir reden. Das können wir auf der Basis dessen, was Europa mit den europäischen Hochschulen gemeinsam vereinbart hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt es wahrlich schwer, für die Debatte, die wir bereits letzte Woche geführt haben, neue Aspekte zu finden. Mit dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER wird 16 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung die Wiedereinführung des Diploms gefordert. Der Gesetzentwurf stellt dem aktuellen Hochschulsystem in Bayern ein schlechtes Zeugnis aus. Ich glaube, darauf können wir uns einigen. Wir sind vom europäischen Hochschulraum noch weit entfernt. Ich hätte mir eine einfachere Umstellung auf Bachelor und Master gewünscht. Ich glaube, mittlerweile haben wir ganze Studentengenerationen verschlissen. Das ist schade und lässt sich nicht wegdiskutieren.

Zu Beginn der Umstellung hatten wir völlig überfrachtete Lehrpläne und viel zu schwierige Prüfungen. Das war alles noch nicht ausgereift. Schließlich hat sich alles eingependelt. Jetzt stellt sich heraus, dass der Bachelor mit sechs Semestern von der Wirtschaft nur unzureichend angenommen wird. Das geben die Studien eindeutig her. Für die Bachelorstudierenden ist es am schlimmsten, dass die Vergleichbarkeit im internationalen Raum nicht gegeben ist, weil die meisten Länder auf den Bachelor in acht Semestern setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel war die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit im europäischen Hochschulraum. Herr Piazzolo, Ihrer Analyse und meinem Vorredner stimme ich absolut zu. Wir müssen noch einmal ran. Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reform, damit die Studierenden endlich vergleichbare Bedingungen vorfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür haben wir bereits mannigfaltige Maßnahmen vorgeschlagen. Ich fasse die wichtigsten Maßnahmen zusammen. Die Unterfinanzierung der Hochschulen muss gelindert werden. Zwar haben wir einen absoluten Aufwuchs der Etats, die Zahlen belegen jedoch eindeutig, dass gleichzeitig die Zuwendungen, die Bayern in das System gibt, pro Studierenden gesunken sind. Wir haben mit dem Anstieg der Studierenden nicht Schritt halten können. Die wachsende Drittmittel-Abhängigkeit führt nicht nur zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen, sondern wirft gleichzeitig den wissenschaftlichen Nachwuchs in prekäre Arbeitsbedingungen. An dieser Stelle müssen wir ansetzen. Das ist das Wichtigste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich ein Master-Ausbauprogramm, das dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird. Das haben wir letzte Woche im Rahmen der Debatte bereits gehört. Bayern liegt hinsichtlich der Anzahl der Masterstudierenden bundesweit auf dem letzten Platz. Das betrifft nicht nur den absoluten Durchschnitt, sondern auch die Neueinschreibungen. Diese betragen in Bayern 7,8 %, im Bund 12,2 %. Die Relation stimmt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir rechnen damit, dass vielleicht irgendwann einmal 30 % der Studierenden einen Master machen werden. Das sind die Berechnungen der Staatsregierung. Das Institut für Demoskopie Allensbach schätzt, dass über 60 % der Studierenden einen Master machen wollen. Das zeigt klar und deutlich: Irgendwann wird der Master der Regelabschluss werden, und zwar nicht nur für die wissenschaftliche Arbeit, sondern für den Berufseinstieg. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen, anstatt sie wegzudiskutieren.

Alle Studierenden, die die Voraussetzungen für ein Masterstudium mitbringen, müssen die Chance erhalten, dieses auch aufnehmen zu können. Ich erwähne insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die mittlerweile die Leistungsträger im System sind. Diese müssen wir mehr unterstützen.

Ein Äquivalenz-Diplom zum Master – das habe ich schon erwähnt – ist keine schlechte Sache. Damit können wir die Marke erhalten. Dagegen spricht nichts. Es kommt drauf an, was drinsteckt, und nicht, welcher Titel draufsteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen den Bachelor, so wie er jetzt existiert, in Bezug auf die Vergleichbarkeit, die Studiendauer und die Zerfaserung in viele einzelne kleine Studiengänge,

die einer internationalen Vergleichbarkeit nicht dienen, einer kritischen Evaluation unterziehen.

Ein weiterer Punkt, der bereits genannt wurde, ist mir besonders wichtig. Es geht um die soziale Flankierung des Studiums. Hierzu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Die Zahlen der Studienabbrecher sind kritisch evaluiert worden. Immer war davon die Rede, dass wir mehr Beratungs-, Unterstützungs- und Wohnungsangebote für Studierende brauchen. Im internationalen Vergleich liegt Bayern deutlich zurück. Wenn wir die Internationalisierung unserer Hochschulen im Sinne eines internationalen Hochschulraums vorantreiben wollen, müssen wir insbesondere diese Punkte ins Auge fassen.

Wir sollten uns jetzt die Zeit nehmen, um die Erfahrungen der letzten 16 Jahre kritisch zu betrachten, um daraus in Ruhe Maßnahmen zu entwickeln. Für die Umstellung der verbliebenen Diplomstudiengänge oder Staatsexamen besteht keine Eile. Wir wollen jedoch auch keine Rolle rückwärts. Wir möchten unseren Hochschulraum am Fortschritt orientieren. Es führt kein Weg am Bologna-Prozess vorbei.

Der echte europäische Hochschulraum, den wir uns alle wünschen, ist mobilitätsfreundlich, studierendengerecht, weltoffen, sozial, wissenschaftlich hochklassig, leistungsstark und innovativ. Deswegen können wir dem Gesetzentwurf leider nicht zustimmen, obwohl wir die Analyse für richtig halten. Lasst uns alle zusammen noch einmal rangehen und eine echte Reform der Bologna-Reform auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Gesetzentwurf soll gemäß Beschluss des Ältestenrates dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl von Vertrauensleuten und deren Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten (s. a. Anlage 1)

Mit Schreiben vom 25. Februar 2015 hat Herr Staatsminister Dr. Söder mitgeteilt, dass die zwölfte Wahlperiode der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg am

31. Dezember 2015 abläuft und für die Neuwahl bei beiden Gerichten ein Wahlausschuss zu bestellen ist.

Gemäß § 23 der Finanzgerichtsordnung hat der Landtag jeweils sieben Vertrauensleute und ihre Vertreter für diese Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg zu wählen. Die Wahl erfolgt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Nach dem in unserer Geschäftsordnung festgelegten Verfahren Sainte-Laguë/Schepers steht der CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für jeweils vier Vertrauensleute sowie den Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für jeweils eine Vertrauensperson und deren Stellvertreter je Wahlausschuss zu.

Die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten können der Ihnen vorliegenden Liste entnommen werden.

(Siehe Anlage 1)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Wahl der vorgeschlagenen Vertrauensleute sowie deren Vertreter soll in einfacher Form und gemeinsam durchgeführt werden. – Wer mit der Bestellung der von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten zu Vertrauensleuten bzw. zu deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit sind die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten zu Vertrauensleuten bzw. zu deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg gewählt.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds für den Landesdenkmalrat

Der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat mit Schreiben vom 1. Juni 2015 mitgeteilt, dass der Bayerische Bezirkstag Herrn Bezirkstagspräsidenten Erwin Dotzel zur Bestellung als stellvertretendes Mitglied im Landesdenkmalrat vorgeschlagen hat. Er hat gebeten, den zur Bestellung des stellvertretenden Mitglieds notwendigen Beschluss des Landtags herbeizuführen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag des Bayerischen Bezirkstags seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt, Florian von Brunn u. a. (SPD)
Sonderförderprogramm I:
Keine Wasserverschmutzung durch öffentliche
Abwasserkanäle (Drs. 17/5968)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Scheuenstuhl von der antragstellenden Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, Frau Ministerin,

(Zuruf von der SPD: Wo ist sie denn?)

Kolleginnen und Kollegen! Zum 31. Dezember dieses Jahres läuft die gegenwärtige Förderung der Ersterschließung mit kommunalen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen aus. Rund 99 % aller Bürgerinnen und Bürger im Freistaat verfügen nun über einen Anschluss an die kommunale Wasserver-

sorgung, und gut 97 % sind an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen. Dies ist zwar lobenswert, aber wieso wehrt sich die Staatsregierung gegen eine Verlängerung des Förderprogramms? – Immerhin verfügen noch einige Kommunen nicht über eine Ersterschließung, übrigens aus den verschiedensten Gründen. Ich frage mich ferner, wieso die staatliche Förderung von 880 Millionen Euro in den Jahren 2001 bis 2005 sukzessive auf lediglich 42 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014 zurückgefahren wurde. Hier fordern wir ein Eingreifen. Wir setzen uns für die Aufrechterhaltung bzw. Errichtung eines staatlichen Sonderprogramms ein, das den Erstanschluss öffentlicher Abwasserkanäle weiterhin fördert.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nur ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung sein; denn das eigentliche, viel größere Problem ist die Sanierungssituation im Freistaat: Bei fast einem Fünftel bzw. bei rund 12.500 Kilometern öffentlicher Kanäle besteht akuter Sanierungsbedarf. Unsere Kanäle, die zu gut einem Drittel vor 1970 errichtet wurden, gelangen zunehmend an ihr Nutzungsende. Um etwas deutlicher zu werden, sage ich: Unser Abwassernetz ist in einem miserablen Zustand. Bayern verfault von unten her, war die letzte Schlagzeile hierzu. Die Kosten für die Behebung dieses Sanierungsstaus belaufen sich Schätzungen zufolge auf rund vier Milliarden Euro. Schadhafte Kanäle sind ein Risiko für die Gesundheit, für die Ortshygiene und natürlich für die Umwelt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eine rechtzeitige Sanierung der Kanäle ist kostengünstiger als eine Erneuerung, die dann unaufschiebbar wird, wenn nicht behobene Schäden zum Zusammenbrechen des Kanals führen. In den letzten Jahren hat der Freistaat lediglich den Erstanschluss von Abwasseranlagen unterstützt. Inzwischen hat die Staatsregierung aber eingesehen, dass dringend gehandelt werden muss, natürlich nicht ganz freiwillig, sondern insbesondere durch unser Zutun seitens der SPD-Fraktion. Mittlerweile wird die Sanierung von Entwässerungsanlagen ähnlich kontrovers diskutiert wie die Straßenausbaubeiträge. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sehen sich immer höher steigenden Beiträgen und Gebühren ausgesetzt. Die Kommunen selbst sind fast nicht mehr in der Lage, die Kosten aufzufangen. Besonders im ländlichen Raum werden die Sanierungen zu unzumutbaren Belastungen. In Städten können mit einem Kilometer Kanal Tausende von Leuten angeschlossen werden; aber im ländlichen Bereich sind es vielleicht nur einhundert, zwei-

hundert oder dreihundert. Selbst bei einer Verdoppelung der Gebühren sind kleine Gemeinden nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden, obwohl ihnen immer wieder vorgeschlagen wird: Bildet halt Rücklagen! – Das geht im ländlichen Bereich nicht.

Aus diesem Grund wurde bereits ein Vorschlag unterbreitet, wie finanzschwachen Kommunen geholfen werden könnte. Hierzu hat die Staatsregierung eine Förderung vorgeschlagen, deren Eckpfeiler eine sogenannte Härtefallregelung darstellt: Nur wenn sich eine sogenannte Mindest-Pro-Kopf-Belastung ergibt, über deren Höhe noch diskutiert werden muss – wo liegt die Härtefallsschwelle? –, kann ein solcher Antrag überhaupt gestellt werden, kann über ihn entschieden werden. Hierbei bleibt es für die Kommunen bisher weitgehend unkalkulierbar, wann ein Förderanspruch besteht und wann nicht. Die Sanierung von Abwasserkanälen, Regenrückhaltebecken und Kläranlagen soll nur gefördert werden, wenn es sich um eine besondere Härte handelt. Wir wollen diesen Vorschlag nicht ganz vom Tisch wischen. Aber wir sehen ihn als kritisch an und fordern deshalb eine zeitnahe Aufstockung bestehender Finanzmittel, die dann mithilfe eines neuen Sonderförderprogramms effizient zu den Kommunen und natürlich auch zu den Bürgerinnen und Bürgern gelangen könnten, um den Erstanchluss öffentlicher Abwasserkanäle stärker als bisher zu fördern und in einem zweiten Schritt natürlich auch die Sanierung des gesamten Abwassernetzes zügig voranzutreiben.

Fakt ist: Kommunen und Grundstücksbesitzer können die benötigten Milliarden nicht alleine stemmen. Der Freistaat Bayern muss hier helfen, und er hat es bereits getan; denn bis 2004 waren auch Sanierungsmaßnahmen zuschussfähig. Der Freistaat Bayern darf sich hier nicht zurückziehen und alles den Haus- und Grundstücksbesitzern überlassen; er darf vor allen Dingen die Kommunen nicht überfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte ich noch kurz auf unseren zweiten Antrag zur Thematik "Keine Wasserverschmutzung durch private Kanäle" hinweisen. Das private Abwassernetz ist mit circa 190.000 km Länge etwa doppelt so lang wie das öffentliche Netz. Das Landesamt für Umwelt schätzt, dass bis zu 80 % der privaten Abwasserkanäle sanierungsbedürftig sind. Irgendwann muss auch hier etwas getan werden. Unserer Meinung nach ist es wichtig, durch ein Förderprogramm einen An Schub zu geben, damit auch der Zustand der privaten Abwasserkanäle in Zukunft ordnungsgemäß ist. Diese Zeitbombe muss entschärft werden, Frau Ministerin Scharf. – An dieser Stelle möchte ich der SPD-Fraktion, insbesondere Markus Rinderspacher, für die klare Unterstützung des ländlichen Raums danken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Ritt von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Ritt (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat aus dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen vom 20. Mai 2015 beginnen, in der der Antrag der SPD auf Drucksache 17/5968 mitberaten wurde und wie bereits im federführenden Umweltausschuss dessen Ablehnung empfohlen worden ist. Kollege Thomas Mütze von den GRÜNEN legte dar, "im Grundsatz sei kein Sonderprogramm erforderlich, da in jedem Jahr im Staatshaushalt ein dreistelliger Millionenbetrag für die Wasserver- und -entsorgung veranschlagt sei, der nach der Haushaltsrechnung bisher nie vollständig ausgeschöpft worden sei". An dieser Stelle könnte ich meine Rede beenden, da damit alles Wesentliche gesagt wurde. Doch ich habe noch etwas Redezeit, die ich nutzen möchte, um zu unterstreichen, dass eine Behandlung dieses Antrags im heutigen Plenum nicht sinnvoll ist.

Kein anderes Bundesland leistet so viel für die Kommunen wie der Freistaat Bayern. Allein 8,3 Milliarden Euro fließen in den kommunalen Finanzausgleich. Gleichzeitig hat Bayern die Kommunen bei der erstmaligen Errichtung von Abwasseranlagen über mehr als sechs Jahrzehnte mit einer Summe von knapp neun Milliarden Euro unterstützt. Natürlich wissen auch wir von der CSU, dass die derzeitige Förderung der Ersterschließung im Bereich der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung zum 31.12.2015 ausläuft. Auch ist hinreichend bekannt, dass in vielen Gemeinden nach jahrzehntelangem Betrieb eine verstärkte Sanierung der Wasser- und Abwasseranlagen notwendig ist. Die Instandhaltung und Sanierung ist eine Pflichtaufgabe unserer Kommunen und muss kostendeckend über Beiträge und Gebühren finanziert werden. Diesbezüglich hat die CSU mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes zum 01.07.2013 den Kommunen erweiterte und zugleich verbesserte Möglichkeiten zur Rücklagenbildung geschaffen.

Während viele Kommunen die Instandhaltung und Sanierung ihrer Anlagen vorbildlich betreiben, bekommen manche Kommunen durch relevante Einflussfaktoren wie den demografischen Wandel eventuell Schwierigkeiten infolge der Belastung durch die Sanierung von Anlagen. Auch hier hat die CSU reagiert und bereits im Juni 2014 in einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, zu berichten, wie

der Staat bei sogenannten Härtefällen unterstützend handeln kann.

(Beifall bei der CSU)

Das Konzept liegt nunmehr vor und erklärt eindeutig, dass die Kommunen, die aufgrund nachvollziehbarer Kriterien, wie zum Beispiel der demografischen Entwicklung der Gemeinden oder der Einkommenssituation der Bürger, als Härtefallkommunen identifiziert werden müssen, eine angemessene staatliche Förderung erhalten werden. Ein allgemein gültiges staatliches Sonderförderprogramm, wie von der SPD angedacht, würde zudem nicht zu einer in diesem Zusammenhang propagierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse führen; denn Gleichwertigkeit per se schließt auch eine weitgehend gerechte Behandlung ein. Kommunen würden belohnt werden, die sich nicht pflichtbewusst um ihre vorrangigen Aufgaben gekümmert haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Leistungen der vorbildlich wirtschaftenden Kommunen würden dadurch in ihrer gesamtgesellschaftlichen Wertigkeit herabgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

"Also kann ich mich nicht damit anfreunden, dass man hier im Prinzip mit der Gießkanne arbeitet..." – Diese Worte sind übrigens der Rede von Dr. Christian Magerl in der Plenarsitzung am 26.06.2014 entnommen, in der er sich für unseren bereits erwähnten Dringlichkeitsantrag und gleichzeitig gegen den damaligen Antrag der FREIEN WÄHLER bezüglich der Schaffung einer allgemein gültigen Förderungsmöglichkeit für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen aussprach. Der Antrag ist abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, wertees Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon gehört: Aufgrund eines CSU-Antrags vom April 2013 wird die Förderung des jetzigen Erstanschlusses zum 31.12.2015, also noch in diesem Jahr, auslaufen. Wir wissen nicht, wie es danach weitergeht. Ein paar Fakten sind schon genannt worden; aber uns ist das zu wenig. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Jahren hier im Bayerischen Landtag, dass

es Förderprogramme geben soll. Allerdings soll es nicht nur für die Erstanschlüsse Förderungen geben; denn hier haben wir, wie schon erwähnt, sowieso schon 99 % Deckung erreicht. Vielmehr wird, wie der Kollege Harry Scheuenstuhl schon gesagt hat, die Sanierung das große Problem in der Zukunft werden.

Uns allen ist bekannt, dass unser Abwassernetz mehr als marode ist. Allein das Abwassernetz in Deutschland hat eine Länge von 100.000 km. Das entspricht – man höre und staune – zweieinhalbmal dem Erdumfang. Ein Fünftel davon ist marode. Kurz- und mittelfristig stehen Fördersummen von vier bis fünf Milliarden Euro im Raum. Diese Summe können unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht allein schultern. Deswegen brauchen wir hier ein zuverlässiges Förderprogramm für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist eine Sanierung nötig? – Unser Trinkwasser ist ein Dauerthema. Über kaputte Abwasserkanäle gelangen Schadstoffe in das Grundwasser, die unser Trinkwasser belasten. Das Thema Nitrat wurde vor Kurzem hier behandelt. Diese Umweltbelastung wollen wir alle natürlich nicht. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall – DWA – hat im Jahr 2009 eine Umfrage durchgeführt. Daran haben sich 123 Kommunen mit insgesamt über 20 Millionen Einwohnern beteiligt. Jeder vierte Einwohner von Deutschland war davon erfasst. Darin sind die folgenden Zahlen genannt worden: Private Anlagen wie Hausanschlüsse etc. werden alle 24 Jahre untersucht, öffentliche Anlagen alle 12 Jahre. Das ist einfach zu wenig; das kann nicht sein.

Wie schon erwähnt sind die ländlichen Gebiete am allerschlimmsten betroffen. Wir waren heuer schon in Oberfranken, in Bayreuth. Das ist ein Gebiet mit einer dünn besiedelten Struktur. Die Gemeinden dort sind aufgrund ihrer Probleme die Leidtragenden. Erstens gibt es dort aufgrund ihrer Fläche große, lange Leitungen, die viel Geld kosten. Zweitens gibt es dort immer weniger Einwohner, sodass immer weniger Wasser gebraucht wird und immer weniger Abwasser anfällt. Sie stehen vor langsam unbezahlbar werdenden Summen. Wir haben von einem Betrag von über zehn Euro pro Kubikmeter gehört. Es darf nicht sein, dass eine Gemeinde dort oben diesen Preis allein schlucken muss. Laut dem Bayerischen Landesamt für Umwelt sind allein für die Reparatur, Renovierung und Erneuerung der kurzfristig betroffenen Kanäle vier bis fünf Milliarden Euro erforderlich. Ich habe das vorhin erwähnt. Für uns FREIE WÄHLER ist es deshalb selbstverständlich, dass wir ein Förderprogramm brauchen, und zwar schnell. Wir müssen jetzt han-

deln; denn wir sind der Bevölkerung schuldig, sie vor den teilweise horrenden Abwassergebühren zu verschonen.

Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz habe ich es schon angekündigt: Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen, auch wenn der Erstanchluss nur ein Teil der Lösung ist. Der zweite Teil des Antrags betrifft die Sanierung, die für uns am allerwichtigsten ist. Im Interesse der Planungssicherheit unserer Gemeinden, der Sicherheit unseres Trinkwassers und der Sauberkeit unserer Umwelt bitte ich die CSU-Kollegen, diesen Antrag, der in richtige Richtung geht, nicht wie angekündigt abzulehnen, sondern ihm wie die FREIEN WÄHLER zuzustimmen.

Eine Härtefallregelung allein kann nicht sein. Es gibt Gemeinden, die auf dem Gebiet seit Jahren gut und solide wirtschaften, die anständige Wasserpreise haben, weil sie gute Rahmenbedingungen haben. Dass nur Härtefälle berücksichtigt werden und Kommunen, die anständig gewirtschaftet haben, die Verlierer sind, das darf nicht sein. Deswegen: Zustimmung zum Antrag der SPD!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun der Kollege Dr. Magerl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist so manches marode im bayerischen Untergrund.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Nicht nur im Untergrund!)

Das erkennt man, wenn man sich mit der Frage der Abwasserentsorgung in Bayern beschäftigt. Wir sehen in dieser Angelegenheit enormen Handlungsbedarf. Nicht in erster Linie beim Erstanchluss, aber bei der Sanierung haben wir einen enormen Sanierungsstau. – Die Redezeitanzeige läuft andersherum. – Vielen Dank, Herr Präsident, jetzt passt's. – Es besteht also enormer Handlungsbedarf; das ist von den Vorrednern schon angesprochen worden. Es geht um eine Größenordnung von vier bis fünf Milliarden Euro, wahrscheinlich noch plus ein dickes X dahinter, die wir hierfür aufwenden müssen. Für den Umweltschutz ist das enorm wichtig.

Wir haben uns in den letzten Plenarsitzungen sehr intensiv mit der Frage der Grundwasserverschmutzung beschäftigt. Wir haben uns zweifelsohne nicht zu Unrecht mit der Landwirtschaft auseinandergesetzt.

Wenn man draußen unterwegs ist, werden in den Diskussionen zum Thema Wasserrahmenrichtlinie immer auch die Fragen gestellt: Was tut ihr in der Stadt mit den Kanälen? Was gelangt aus den defekten und maroden Kanälen an belastetem Wasser und Abwasser in unser Grundwasser? – Wie gesagt: Zum Schutz des Grundwassers sind wir gefordert zu handeln, und zwar nicht nur in der Fläche, sondern auch bei diesen punktuellen Verschmutzern.

Wie in den Ausschüssen werden wir diesem Antrag zustimmen; denn er macht Sinn, er geht in die richtige Richtung. Es ist schon angesprochen worden: Man kann den ländlichen Raum damit nicht allein lassen; man kann die Kommunen, die unter dem demografischen Wandel leiden, Regionen, die unter schrumpfender Bevölkerung leiden, nicht damit alleine lassen. Das gilt insbesondere dann – das wissen wir von vielen Untersuchungen –, wenn die Wassermengen weniger werden. Dann wird es nicht leichter mit dem Kanalsystem, sondern deutlich schwieriger, weil man dann öfter spülen muss usw. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

Noch ein Appell in Richtung CSU: Schließen Sie sich in dem Fall im Interesse der bayerischen Bürgerinnen und Bürger der Opposition an, und stimmen auch Sie zu!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzte hat nun Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir können auf die Wasserqualität in Bayern stolz sein: Bei uns wird in den Seen gebadet, und unser Grundwasser dient auch der Trinkwasserversorgung. Zu unserer guten Wasserqualität leisten die Kommunen in Bayern einen ganz wichtigen Beitrag. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen auch sagen: Die kommunale Abwasserreinigung entspricht flächendeckend dem Stand der Technik.

Die Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten sehr viel in ihre Anlagen investiert: 46 Milliarden Euro. Der Staat hat diese Investitionen zusätzlich mit 12,4 Milliarden Euro unterstützt.

Ich sage aber auch ganz klar: Beim Grundwasser- und beim Gewässerschutz dürfen wir nicht nachlassen. Kläranlagen müssen dauerhaft funktionieren, Kanäle müssen dicht sein, und sie müssen funktionsfähig sein.

Der Antrag der Kollegen von der SPD mit der Begründung, dass die Förderung eines Erstan schlusses an öffentliche Abwasseranlagen zu langsam und zu uneffektiv sei, läuft ins Leere. Die Ersterschließung in Bayern ist nahezu abgeschlossen. Man kann doch bei einem Anschlussgrad von 97 % nicht ernsthaft von Ineffektivität sprechen.

(Beifall bei der CSU)

97 von 100 Haushalten sind also angeschlossen. Ein höherer Anschlussgrad als 97 % ist mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand nicht erreichbar. Ich muss daraus folgern, meine Damen und Herren von der SPD, dass Ihr Antrag auf die Sanierungsförderung für Leitungen und Kanäle abzielt. Vielen Dank für die Erinnerung! Wir sind längst dabei, das zu erarbeiten und Regelungen für den Härtefall auszuarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dichte Kanäle sind wichtig für unseren Grundwasserschutz; sie sind eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen. Der Betrieb und Erhalt der Anlagen ist ganz klar Zukunftsaufgabe. Uns allen ist das bewusst. Mit zunehmendem Alter wird eine wirkungsvolle Erhaltungsstrategie immer wichtiger. Zur Wahrheit gehört aber auch: Im Gesetz steht ganz klar, dass die Kommunen zunächst kostendeckende Entgelte erheben müssen. So ist es gesetzlich formuliert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zehn Euro pro Kubikmeter in Oberfranken!)

– Langsam, Herr Aiwanger, warten Sie erst einmal! – Um die Höhe der Gebühren anzugleichen, wurden die Möglichkeiten zur Rücklagenbildung im Jahr 2013 erweitert und noch flexibler gestaltet. Eine vorausschauende Finanzierungsplanung ist bei jeder Kommune ein absolutes Muss. Erst wenn die kommunalen Unternehmensträger all ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben, erst wenn eine unzumutbare Belastung – jetzt sind wir an Ihrem Punkt – für Bürgerinnen und Bürger droht, also erst als letzter Schritt ist es gerechtfertigt, dass der Staat eine Kommune gezielt unterstützt. Eine flächendeckende Sanierungsförderung wäre unausgewogen und auch ungerecht. Für die Sanierungsförderung im Härtefall setze ich mich ganz klar ein. Unser Konzept ist auf dem Weg.

Sie und die Ausschussmitglieder wissen, wenn Sie mir zugehört haben: Mein Haus hat dem Landtag bereits über die Möglichkeiten für eine Härtefallregelung berichtet. Für die Vorzugslösung erarbeiten wir jetzt die Details; da bitte ich noch um etwas Geduld.

Ich fasse zusammen: Der Antrag der SPD ist in zweifacher Hinsicht überflüssig; zum einen ist der Erstan schluss zu 97 % erledigt, und zum anderen ist eine Sanierungsförderung längst in Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Scheuenstuhl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Frau Ministerin, mich verwundert Ihre Aussage etwas. Wie ich aus meiner Heimatzeitung weiß und wie ich gerade von anderen Kolleginnen und Kollegen gehört habe, gibt es vor allem im ländlichen Bereich sehr viele Klagen über die Anforderungen an den Stand der Technik, bei Kläranlagen, wie Sie das bezeichnet haben. Dieser Antrag kommt also nicht von ungefähr. Wir haben ihn nicht gestellt, weil uns die Lust gepackt hat, mal schnell Geld vom Freistaat Bayern zu fordern, sondern weil die Not groß ist. Sehen Sie das doch endlich einmal ein! Gehen Sie zu den Leuten und fragen Sie sie, ob sie noch in der Lage sind, das zu bezahlen!

Wenn Sie "Stand der Technik" sagen, muss ich Ihnen als Techniker sagen: Stand der Technik ist etwas anderes als das, was Sie hier vorgetragen haben. Mir fällt übrigens auf, dass Sie öfter Begriffe, die eigentlich gängig sind, verwechseln. Der Stand der Technik ist etwas ganz anderes, nämlich das Neueste vom Neuen.

Es gibt besonders viele Klagen in den Gemeinden. Meine Frage an Sie: Sind Sie der Meinung, dass der ländliche Bereich diese Auflagen, die wir zum Schutz der Umwelt machen – der Freistaat Bayern macht das ja auch nicht aus Jux und Tollerei – in Zukunft noch erfüllen kann? Ich frage Sie auch, wie eine kleine Gemeinde noch Rücklagen bilden soll, die dann reichen, um die Anforderungen zu erfüllen. Zu den privaten Kanälen haben Sie überhaupt nichts gesagt; das würde mich auch mal interessieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie haben offenbar weder im Ausschuss noch mir eben zugehört. Ich habe ganz klar dargestellt, was uns wichtig ist: der Schutz unserer Gewässer. Ich habe dargestellt, was der Freistaat und die Kommunen bisher investiert haben. Ich habe klargestellt, wer für die Gebührenfinanzierung zuständig ist. Ich habe auch dargestellt, dass unser Konzept für die Härtefallregelung kurz vor

der Fertigstellung steht. Ich glaube, wir können das Gespräch jetzt hier beenden.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Keine einzige Frage beantwortet! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das macht Sie immer so! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine Luftnummer!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 7 und 8** gemeinsam auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Optimierung der inklusiven
Unterrichtsbedingungen durch Zweitlehrkräfte
(Drs. 17/3092)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn
ermöglichen (Drs. 17/3691)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2009 ist von der Bundesrepublik die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben worden. Dem haben sich alle Bundesländer, die ja für Bildung zuständig sind, angeschlossen. Wir haben das zum Anlass genommen, in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammenzuarbeiten, und haben im Jahr 2011 einen gemeinsamen Gesetzesentwurf hier eingebracht und verabschiedet. Das ist damals als Sternstunde des Parlaments bezeichnet worden. Ich finde auch, dass es gut war, dass wir die-

sen gemeinsamen Weg gegangen sind und erste Schritte in Richtung Inklusion unternommen haben. Aber jetzt ist es notwendig, weitere Schritte folgen zu lassen; denn ein Stern am Himmel erhellt das Firmament noch nicht besonders. Wir haben mit dem Gesetz erste Schritte gemacht und gesagt, Inklusion ist Aufgabe aller Schulen. Wir haben auch Schulen mit dem Profil Inklusion geschaffen, an denen ständig Sonderpädagogen arbeiten.

Wir haben jetzt die Aufgabe, weitere Schritte folgen zu lassen. Da stelle ich mir schon die Frage, inwiefern die Arbeit in der interfraktionellen Arbeitsgruppe noch Sinn hat, wenn wir nicht in nächster Zeit weitere Schritte erreichen. Ich sage das auch, weil wir und die SPD-Fraktion einige Anträge eingebracht haben, die wir auch in der interfraktionellen Arbeitsgruppe besprochen haben. Sie sind aber allesamt abgelehnt worden. Ja, noch mehr: Es gab auch keine Hinweise, wie man in Einzelpunkten vielleicht ein Stück weiterkommen kann.

Wir haben uns mit dem Thema Schulbegleitung beschäftigt. Seit Jahren befasst sich eine Arbeitsgruppe zwischen den Bezirken und dem Kultusministerium mit diesem Thema. Wir hatten gemeinsame Anhörungen von Sozialausschuss und Bildungsausschuss. Aber leider hat sich weder bei der Finanzierungssituation noch bei der pädagogischen Situation der Schulbegleitung etwas bewegt. Wir haben den Antrag gestellt, zumindest einen Modellversuch zu machen, an dessen Kosten sich das Land beteiligt und bei dem Pools gebildet werden, sodass sich Schulbegleiter um mehrere Schülerinnen und Schüler kümmern können, und bei dem Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter aus- und fortgebildet werden. Auch da gab es keine Bewegung.

Ebenso ist es bei dem Thema einer zweiten Lehrkraft im Klassenzimmer, zu dem wir einen Antrag eingebracht haben. Alle sagen und bestätigen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn nicht nur eine Lehrkraft die ganze Zeit in der Klasse ist, sondern wenn zumindest zeitweise eine zweite pädagogische Kraft im Klassenzimmer ist, die sich um einzelne Schülerinnen und Schüler kümmern und eingreifen kann, zum Beispiel bei Kindern mit einer besonderen Behinderung oder Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten, die jemanden brauchen, der schnell zur Stelle ist. Auch dieser Antrag hat keinerlei Zustimmung gefunden.

Wir brauchen jetzt unbedingt ein Modell für Zweitlehrkräfte. Man muss darüber sprechen, welche Ausbildung diese Leute haben, wie sie im Unterricht eingesetzt werden und vor allem wie und von wem sie bezahlt werden. Die Antwort ist ganz klar: Sie müssen aus dem Landeshaushalt, aus dem Etat des Kultusmi-

nisteriums finanziert und bezahlt werden. Es gibt aber keine Schritte in diese Richtung.

Ähnlich ist es beim Antrag der SPD, den ich sehr wichtig finde. Wir haben jetzt Grundschulen mit dem Profil Inklusion. Sie sind erfolgreich, und alle sagen: Man hat sehr schön zusammen gelernt; aber nach Klasse vier ist es damit vorbei, und es ist unklar, wie es weitergeht. Das kann nicht sein. Inklusion als Basis allein in der Grundschule kann es nicht sein. Das ist nicht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Deswegen müssen wir wirklich überlegen, wie wir weitermachen. Uns ist diese Frage sehr ernst. Um sie zu thematisieren, haben wir die Anträge hochgezogen. Es stellt sich schon die Frage, ob die interfraktionelle Arbeitsgruppe noch eine Arbeitsgrundlage hat und ob sie sich noch Ziele setzen kann, die sie gemeinsam erreichen will, oder ob das nicht mehr der Fall ist.

Der Kollege Waschler vergleicht Inklusion mit einem Marathonlauf.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Meine Erfahrung aus meinem einzigen Marathonlauf – ich bin euch gegenüber ein kleines Licht, das weiß ich – war - -

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nicht zu schnell anfangen, Herr Kollege!)

– Hören Sie auf meine Erfahrung, Herr Kollege. - Die Erfahrung aus meinem Marathonlauf war: Man muss ziemlich schnell sein Tempo haben, mit dem man durchlaufen will, und der größte Fehler ist, stehen zu bleiben oder langsamer zu werden. Es ist auch falsch, wenn man nicht den richtigen Kurs hat und Umwege macht. Wir müssen also das Tempo halten und müssen weitermachen. Dazu sind in nächster Zeit notwendige Schritte zu machen. Unser Antrag soll ganz deutlich machen: Wir müssen bei dem Thema der Zweitlehrkräfte wie bei vielen anderen Themen auch weiterkommen. Deswegen bitte ich nachdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag auf

Drucksache 17/3691 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich denke, wir bekommen es zeitlich so hin, dass wir unmittelbar im Anschluss an die Beratung die namentliche Abstimmung durchführen können. – Jetzt hat Frau Kollegin Wild von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Margit Wild (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, Sie haben schon sehr viel zur interfraktionellen Arbeitsgruppe beigetragen. Man kann festhalten, dass man mit dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe zunächst einmal ein sehr gutes Instrument gefunden hat, das über Bayern hinaus große Beachtung gefunden hat. Wir haben es in diesen Jahren immerhin geschafft, viele Gemeinsamkeiten zu finden. Aber wir haben schon in den vergangenen zwei Jahren feststellen müssen, dass es viele Stolpersteine und viele Barrieren gibt, die es zu beseitigen gilt. Wir kommen im Augenblick nicht sonderlich gut weiter; das muss man ganz einfach einmal festhalten.

Der Kollege Dünkel hat in einer seiner Reden angemerkt, man müsse alles sehr sorgfältig machen. Dem möchte ich in keiner Weise widersprechen. Ich möchte aber auch nicht, dass ein Pflänzchen, das von vielen engagierten Eltern, Lehrkräften und Schulleitern mühsam hochgezogen worden ist, auf einmal umknickt, weil wir nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Eine Stimmung der Unterstützung kann sehr schnell kippen. Ich nenne das Beispiel der Zweitlehrkräfte im Unterricht, weil es sich gerade auf den Antrag bezieht. Es gibt mittlerweile – das muss man zur Kenntnis nehmen – auch inklusionsfeindliche Äußerungen von Eltern, die Sorgen haben, dass ihre "normalen" Kinder aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen nicht ausreichend gefördert werden können, weil es in der Klasse Kinder mit besonderen Bedürfnissen gibt. Ich finde, man muss solche Äußerungen von Eltern ernst nehmen. Die Lehrkräfte müssen einen wahnsinnigen Spagat schaffen, wenn sie allen Kindern gerecht werden wollen und kein Kind irgendwie durchlaufen lassen, wie es der Inklusion entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man das ernst nimmt, was Inklusion bedeutet, nämlich dass keiner stigmatisiert werden darf, dass keiner ausgegrenzt werden darf und dass es eine echte Individualisierung geben soll, heißt das, dass eine Lernatmosphäre herrschen muss und dass es Lehrpläne geben muss, die sich wirklich an der Kompetenz der einzelnen Schülerinnen und Schüler orientieren, dass es also einen kompetenzorientierten Bildungsplan für jedes einzelne Kind und eine Lernumgebung geben muss, die allen Bedürfnissen,

Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder Rechnung trägt. Da, meine ich, darf man die Lehrkräfte, die in weiten Teilen sehr engagiert sind, nicht alleine lassen. Wenn man es mit Individualisierung – diese kostet Zeit und Kraft – ernst meint, dann muss man diesen Lehrkräften zumindest zeitweilig eine zweite Person an die Seite stellen; sonst wird das nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich möchte auf die nächste Herausforderung eingehen, wenn es darum geht, eine inklusive Schullaufbahn zu ermöglichen; Kollege Gehring hat dazu schon ausgeführt. Zu mir sind Eltern gekommen, deren Kind die Grundschule besucht und dort ein bestimmtes Setting erfahren hat. Nun müssen die Eltern für ihr Kind eine geeignete Mittelschule, eine geeignete Realschule oder ein geeignetes Gymnasium finden. Es muss doch möglich sein, dass dieses Kind wohnortnah weiterhin diese erfolgreiche Art der Beschulung in Anspruch nehmen kann. Die Intention der interfraktionellen Arbeitsgruppe muss es sein, die Bedingungen dafür zu schaffen.

Die Träger von Förderschulen haben uns vor einiger Zeit im Rahmen eines Treffens sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht, was es bedeutet, wenn diese Kinder – was häufig der Fall ist – an die Förderschule zurückmüssen. Sie sind völlig anderen Unterricht zu völlig anderen Bedingungen gewohnt. Das Ergebnis ist Frust auf Seiten der Lehrerkollegien an den Förderzentren, aber auch auf Seiten dieser Kinder. Ich meine, das darf nicht sein. Wir müssen darauf achten, dass die Vorgabe in Artikel 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen umgesetzt wird: "Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen." Bisher erfüllen in erster Linie die Grundschulen und einige Mittelschulen diese Aufgabe, nur ganz vereinzelt Realschulen und Gymnasien. Ich betone: Das kann es nicht sein.

Wir müssen uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir mit der Schulbegleitung umgehen. Eines kann man heute schon sagen: Eine Eins-zu-eins-Betreuung, ohne Anforderungen an die ausreichende pädagogische Qualifizierung der Schulbegleiter zu stellen, wird nicht funktionieren. Ist es wirklich sinnvoll, drei oder vier Schulbegleiter in einer Klasse zu haben? Ist es nicht sinnvoller, ein Konzept zu entwickeln, das den Fachlehrern und den Förderlehrern – auch den heilpädagogischen Förderlehrern – eine gute, differenzierte Unterrichtsplanung ermöglicht? Ich möchte vermeiden, dass unseren Lehrkräften, die sich stark für die Inklusion engagieren, plötzlich die Luft ausgeht, dass sie irgendwelche Krankheiten be-

kommen oder dass ihnen ihre Motivation flöten geht. Auch die Eltern sollen nicht resignieren.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie herzlich, beide Anträge zu unterstützen; sie ergeben außerordentlich viel Sinn.

Ich mag es langsam nicht mehr haben, dass Kollege Gehring, ich und andere draußen beschwichtigen müssen – "das wird schon noch", "das kommt schon noch", "wir bringen das Ganze voran" –, obwohl wir merken, dass wir, auch wenn wir einen Stein in den Fluss geworfen haben, nicht an das Ziel kommen, Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Wir sind auf diesem einen Stein stehen geblieben. Wir brauchen aber viele Steine, damit wir endlich auf die andere Seite kommen und das Ziel erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Dünkel von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir nach den Reden von Thomas Gehring und Margit Wild zunächst eine Bemerkung mit Blick auf die Zeitschiene: Ich bin seit 1989 Geschäftsführer der "Lebenshilfe Nürnberger Land"; in mittlerweile 24 Einrichtungen erreichen Menschen mit Handicap Förderung, Betreuung und Begleitung. Aus meiner Erfahrung weiß ich: Übereiltes Vorgehen ist im Bereich der Förderung und Unterstützung von Menschen – Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen – mit Handicap nicht angezeigt. Nichts ist schlechter, als insoweit auf Eile zu setzen.

Klar ist: Die Arten und die Grade der Behinderung mögen sich unterscheiden. Aber jede und jeder einzelne Betroffene ist ein Mensch mit eigener Persönlichkeit. Über die Frage, was der gute, der richtige Weg ist, muss immer im Einzelfall unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte entschieden werden. Die Entscheidung, ob eine Fördereinrichtung oder die Regelschule geeignet ist, muss gemeinsam mit den Eltern und den Einrichtungen getroffen werden.

Seit 2009 ist die Behindertenrechtskonvention in Kraft; ich meine, darauf sollte noch einmal hingewiesen werden. Seit 2013 arbeiten alle Parteien in diesem Landtag in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammen, um schrittweise den bestmöglichen Weg – ich betone die Wörter "schrittweise" und "bestmöglich" – zur Umsetzung dieser Konvention zu finden. Mit der Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen im Jahr 2011 sind wir in Bayern einen ganz wesentlichen Schritt gegangen, indem wir

den Grundsatz des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit Handicap und Kindern ohne Handicap festgeschrieben haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern ermöglicht durch eine zunehmend bessere personelle und finanzielle Ausstattung eine Vielfalt schulischer Angebote der Inklusion. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, unser Motto lautet nicht: "Eine Schule für alle!" – auch die GRÜNEN auf Bundesebene fordern das immer wieder –, sondern unser Motto lautet: "Schulen für alle!" Wir ermöglichen damit Eltern, Kindern und Jugendlichen Wahlfreiheit. Inklusion ist keine Pflicht. Inklusion ist eine Möglichkeit, die wir eröffnen wollen. Die Eltern sollen sich für das schulische Angebot entscheiden können, das sie mit Blick auf Art und Grad der Behinderung des Kindes als bedarfsgerecht bevorzugen. Die Wahlfreiheit ist ein wesentliches Element der Umsetzung der Inklusion in Bayern. Sie ist auch Ergebnis einer intensiven und, wie ich meine, an qualitativen Kriterien orientierten Diskussion mit Elternverbänden, Sozialverbänden und Kirchen in Bayern – und mit der Politik. Die Wahlfreiheit eröffnet die Möglichkeit, sich gleichberechtigt für eine Förderschule oder für eine Regelschule zu entscheiden.

Parallel zu dem Profil "Inklusive Schule" für Regelschulen hat der Landtag 2015 auch ein entsprechendes Modellprojekt für Förderschulen auf den Weg gebracht. Dieses Vorhaben ist personell und finanziell ehrgeizig. Wir befinden uns aufgrund der bekannten politischen Rahmenbedingungen in einer Zeit besonderer finanzieller Herausforderungen auch im Bildungssystem.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau! Landesbank!)

Sowohl in der Arbeitsgruppe "Inklusion" als auch im Wissenschaftlichen Beirat waren wir uns von Anfang an darüber im Klaren, dass die Umsetzung nicht in kurzer Zeit gestemmt werden kann. Vielmehr muss ein Weg beschritten werden, der von hoher Verantwortung gegenüber den Betroffenen – den Kindern an Förderschulen und den Kindern an Regelschulen –, aber auch von unserer haushälterischen Gesamtverantwortung getragen ist.

Wir können heute feststellen: Das, was geschaffen worden ist, kann sich sehen lassen. Auch für diese Legislaturperiode sind wesentliche Beschlüsse gefasst worden. So wird es in jedem Jahr 100 neue Stellen für Inklusion geben, in fünf Jahren also insgesamt 500 Stellen. Darüber hinaus stellen wir im Doppelhaushalt 2015/2016 für den barrierefreien Ausbau nur

der Schulen insgesamt 1 Million Euro zur Verfügung – neben den Mitteln, die die Kommunen als Sachaufwandsträger auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes zur Verfügung gestellt bekommen. Deshalb meine ich, dass wir einen im positiven Sinne beispiellosen Weg beschreiten.

Der Integrationsanteil im Sinne der Konvention ist deutlich angestiegen. Er lag im Schuljahr 2013/2014 mit 19.300 Schülern statistisch bei 27 %; vor vier Jahren betrug er 16 %. Man sieht also, dass wir das Ganze konsequent und sukzessive weiterentwickeln.

Mit Blick auf die Anträge, die uns von der SPD zum Thema inklusive Schullaufbahn ohne Ortswechsel vorgelegt werden, kann man nur feststellen: Unabhängig davon, ob am betreffenden Schulstandort eine Schule das Profil "Inklusive Schule" führt oder nicht, ist bereits jetzt für jeden Schüler laut Gesetz die Wahl der angemessenen Schullaufbahn vor Ort möglich. Im Hinblick auf das Schulprofil liegt allerdings auch die Entscheidung zur Antragstellung und zur Einleitung der erforderlichen Schritte in der freien Entscheidung jeder Schule. Das halte ich für richtig und sinnvoll. Die Schule soll und muss vor Ort bedarfsorientiert entscheiden können, ob, wann und wie sie das Ganze auf den Weg bringen will und ob und welche Kinder zur Aufnahme anstehen.

Margit Wild ist vorhin auf das Thema Eltern eingegangen. Dabei ist natürlich auch zu beurteilen, ob die betroffenen Kinder, die für eine Aufnahme anstehen, auch im Klassenkontext die entsprechenden Vorbereitungen erfahren können und ob an der Schule die Eltern in diese Entwicklung einbezogen werden, und zwar nicht nur die Eltern von Kindern mit einem Handicap, sondern auch die Eltern von Kindern an Regelschulen. All dies ist, wenn wir es in Verantwortung getragen sehen wollen, im jeweiligen Fall zu beurteilen. Eine staatliche Anordnung, wie sie heute beantragt worden ist, ist deshalb abzulehnen. Der Antrag der GRÜNEN ist ebenfalls abzulehnen, weil wir bereits heute in vielen Fällen die nötigen Rahmenbedingungen haben, um zu einer Doppelbesetzung zu kommen.

Ich fasse zusammen: Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, sind also auf einem guten Weg. Wir werden unsere Kapazitäten weiter ausbauen. Jedes Jahr werden 100 Lehrerstellen geschaffen, also viele Lehrer neu eingestellt. Auch hierfür wird mehr Geld zur Verfügung gestellt. In diesem Sinne darf ich Sie herzlich ermutigen, diesen Weg auch weiter fraktionsübergreifend mit uns gemeinsam zu beschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Einen kleinen Moment bitte; denn wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gehring. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dünkel, Sie haben jetzt eine staatsmännische Rede gehalten,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

aber es muss deutlich darauf hingewiesen werden, um was es geht. Inklusion ist keine Wahlveranstaltung, sondern ein Menschenrecht. Wir haben im Gesetz formuliert, dass es sich um ein Recht der Eltern handelt, die inklusive Schule zu wählen.

(Angelika Schorer (CSU): Genau das haben wir gesagt!)

Es ist Aufgabe aller Schulen, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zu ermöglichen und sich auf den Weg in Richtung Inklusion zu begeben. Es ist für den Freistaat Bayern Pflicht, für die Rahmenbedingungen zu sorgen.

(Angelika Schorer (CSU): Das machen wir Schritt für Schritt!)

Lieber Herr Kollege Dünkel, Sie brauchen mir nicht Voreiligkeit oder Übereiltheit vorzuwerfen; denn das trifft bei mir sicherlich nicht zu. Wir haben in der Arbeitsgruppe beschlossen, diesen Weg gemeinsam und stetig, wenn auch nicht voreilig, zu gehen. Aber das darf keine Ausrede für Stillstand, für Rückschritt oder dafür sein, Dinge, von denen wir seit Jahren wissen, dass sie getan werden müssen, nicht umzusetzen. Das, was wir tun müssen, haben wir 2010 in einem gemeinsamen Antrag fraktionsübergreifend festgelegt: Veränderung der Lehrerbildung, Offensive für Lehrerfortbildung, Änderung der Schulbegleitung, zusätzliche Ressourcen für alle Schulen. Wir haben also ein ganzes Paket an Themen vorliegen, die wir abarbeiten müssen. Momentan stockt es, und geht es nicht mehr weiter. Es besteht die Gefahr, dass draußen bei den Menschen die Akzeptanz für Inklusion verloren geht. In letzter Zeit haben wir gemeinsam mit Befürwortern der Inklusion einige Gespräche geführt, etwa mit Schulen für geistige Entwicklung und mit Schulen mit dem Profil Inklusion. All diese Leute sind für Inklusion und mit vollem Herzen dabei. Sie haben uns aber signalisiert, dass sie diese Aufgabe nicht meistern können, wenn auf diesem Gebiet keine weiteren Schritte gemacht werden, keine Ressourcen zur Verfügung stehen und ihnen keine weiteren Perspektiven gegeben werden. Deswegen ist jetzt keine Zeit

mehr für ruhige Reden, sondern es muss gehandelt werden.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Thomas Gehring, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einschätzung, es hätte sich um eine staatsmännische Rede gehandelt. Das freut mich sehr. Es würde sicherlich noch besser, wenn ich einmal eine staatsmännische Rede hielte.

Zum Inhalt kann ich sagen, dass wir zu einem sehr intensiven und sehr konstruktiven Austausch mit den Verbänden zusammengekommen sind, und zwar zuletzt vor acht Wochen. Dabei hat sich gezeigt – das muss man der Ehrlichkeit und der Fairness halber einbringen –, dass wir im Augenblick die Förderlehrer nicht zur Verfügung haben, die wir künftig benötigen, um Ihrem Antrag zu entsprechen. Deshalb hat der Landtag vor sechs Wochen den Beschluss gefasst, die Anzahl an Studienplätzen für das Lehramt entsprechend auszubauen. Aber auch die Aus- und die Fortbildung in Dillingen für Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen sind in Bezug auf die Inklusion noch mehr verankert. All dies ist beschlossen und auf den Weg gebracht worden.

Die bayerischen Profilschulen – die Grund- und Mittelschulen – erhalten aktuell bereits zusätzliche Ressourcen, die sie bedarfsorientiert einsetzen und für diesen Zweck nutzen können. Bereits heute gibt es an den Schulen mit dem Ziel Inklusion viele, viele Klassen mit einem festen Lehrer-Tandem. Auch das muss, wenn wir ehrlich sind, einmal ausgesprochen werden. Dieser Weg wird – ich wiederhole mich – weiter ausgebaut. Hier ist das Zwei-Lehrer-System ein wesentliches Element. An Grund-, Mittel- und Berufsschulen werden Kooperationsklassen zeitweise durch den Sonderpädagogischen Dienst unterstützt. Diesen Weg wird die CSU-Landtagsfraktion konsequent, glaubwürdig und in der Umsetzung nachvollziehbar weiter beschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Dünkel. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich Herr Kollege Felbinger gemeldet. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN dafür, dass sie dieses wichtige Thema Inklusion heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt haben; denn es ist an der Zeit, unverblümt zu reden und Bilanz zu ziehen, wie weit wir bisher bei der Umsetzung der Inklusion gekommen sind.

Was die Zeiten der fraktionsübergreifenden Einigkeit und des gegenseitigen Schulterklopfens angeht, sind wir wohl an einem Wendepunkt angekommen; denn es herrscht eher das Gefühl der Stagnation. Man braucht das, was wir vor vier Jahren fraktionsübergreifend erreicht haben, nicht schlechtzureden. Wir können stolz darauf sein, dass wir gemeinsam so weit gekommen sind. Aber jetzt müssen wir schonungslos eine ehrliche Bestandsaufnahme durchführen. Der Ansatz in Bezug auf die Profilschulen war durchaus richtig.

Herr Kollege Dünkel, ich sehe hier in keiner Weise ein übereiltes Vorgehen. Aber es gibt eine ernstzunehmende Entwicklung. In vielen Landkreisen wurden ein oder zwei Profilschulen gebildet. Die Gefahr, dass alle Schülerinnen und Schüler, die inklusiv beschult werden wollen, "hinberaten" werden, ist momentan sehr groß. Die Profilschulen dürfen nicht zu einem Sammelbecken für schwierige Schüler werden. So war das nicht gedacht, und so hat das auch nichts mit Inklusion zu tun. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Profilschulen die neuen Förderzentren werden.

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen. Das haben wir damals im BayEUG in Artikel 2 so festgeschrieben. Das gilt, und so muss die Inklusion nach der Grundschule auch weitergehen. So verstehe ich auch den Antrag der SPD, dass wir hier endlich die Spur legen. Diese Spur sehe ich im Moment nämlich noch nicht. Wir brauchen daher unbedingt einen Fortschritt, damit der Marathonlauf, den ich hier so oft als Begriff verwende, Herr Kollege Waschler, nicht schon nach fünf Kilometern zum Stagnieren kommt, weil man keine Motivation mehr hat weiterzukommen.

Auch der Antrag der GRÜNEN mit dem Zwei-Pädagogen-System verfolgt das absolut richtige Ziel. Wir sind davon im Moment aber noch meilenweit entfernt. Man kann sagen, das ist ein frommer Wunsch; denn es fehlen noch die Ressourcen an allen Ecken und Enden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es ist auch ein klarer Handlungsauftrag für Sie, in den Haushaltsverhandlungen endlich einmal Farbe zu bekennen. Es wird immer wieder von den berühmten 100 Lehrerstellen pro Jahr geredet. Wenn wir aber ehrlich sind, dann müssen wir zugeben: Das ist unter dem Strich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir kommen hier nicht wirklich weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Viele Lehrkräfte wollen die Inklusion, aber sie haben inzwischen berechtigte Zweifel, ob sie wirklich gelingt. Es steht nicht zum Besten damit. Fakt ist, die Fortbil-

ungsmaßnahmen haben oberflächlich Qualität, es fehlt aber an echter Unterstützung vor Ort. Fakt ist, dass die Stunden für die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste – MSD – fehlen. Fakt ist, dass die Unterrichtsversorgung viel zu knapp ist, dass mobile Reserven fehlen. Fakt ist auch, dass die Lehrkräfte in den Kooperationsklassen keine Anrechnungsstunden bekommen. Fakt ist auch, dass wir festgelegt haben, dass die halben sonderpädagogischen Stellen mindestens 13 Stunden haben und nicht bei 13 Stunden enden. Auch über die Tandem-Klassen wird viel zu spät im Jahresverlauf entschieden, sodass die Schulleiter bis zuletzt in der Luft hängen. Das kann doch nicht sein. Wir brauchen deshalb zusätzliche Ressourcen, damit die Inklusion nicht zum Stehen kommt. Wir wollen doch auch an den Regelschulen weiterkommen, und ich sage bewusst: an allen Regelschulen. Wir brauchen dort multiprofessionelle Teams, die der Aufgabe gewachsen sind. Wir brauchen multiprofessionelle Teams aus Regelschullehrkräften, Sonderpädagogen und Heilpädagogen. Wir brauchen endlich auch die Finanzierung und die Neuausrichtung in der Schulbegleitung.

Wir haben das massive Problem - das haben wir vorhin schon gehört -, ausreichend Absolventen für das Lehramt Sonderpädagogik zu finden. Hier gilt es, endlich Anreize zu schaffen und Lösungen zu finden. In der Lehrerbildung brauchen wir unbedingt eine vertieftere Einbindung der Inklusion für alle Lehrämter.

Meine Damen und Herren, es wäre noch viel zu sagen. Mit Blick auf meine Redezeit möchte ich aber zum Ende kommen. Wir FREIEN WÄHLER werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! 2006 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, 2009 hat sie der Bundestag beschlossen. Wir in Bayern können sagen: Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag bekennen sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Uns allen ist die Umsetzung ein wichtiges Anliegen, für uns ist die Inklusion ein ganz wichtiges Ziel.

Wir haben damals den Weg beschritten, gemeinsam Grundlagen zu schaffen, und zwar durch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe, die ganz untypisch einen Gesetzentwurf erarbeitet hat. Sie hat sich nicht nur einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, sondern diese

Arbeitsgruppe hat selbst einen Gesetzentwurf erarbeitet und geschrieben. Dieser Gesetzentwurf ist heute Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern. An dieser Stelle möchte ich noch einmal allen Mitgliedern der interfraktionellen Arbeitsgruppe herzlich danken. Das war ein wichtiges gemeinsames Signal an die Bevölkerung, an alle. Das ist deshalb so wichtig, weil das Wichtigste bei der Inklusion eine Bewusstseinsänderung ist. Streit bringt uns deshalb nicht voran. Dieses gemeinsame Signal hat deshalb sicher sehr geholfen.

Mit den gemeinsamen Grundlagen haben wir einiges geregelt. Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen, weil sie für die Anträge wichtig sind. Das eine ist: Wir haben klar festgelegt, dass die inklusive Schulentwicklung eine Aufgabe für alle Schulen ist, und zwar wirklich ausnahmslos für alle Schulen. Da gibt es auch kein Wahlrecht, ob man Inklusion will oder nicht. Es ist eine Aufgabe für alle Schulen. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Der zweite Punkt: Neben den bewährten Möglichkeiten, die es in Bayern gab und gibt, haben wir neue Möglichkeiten für inklusives Lernen und inklusive Angebote geschaffen. Mit das Wichtigste ist die Einzelinklusion. Darüber hinaus haben wir das Profil "Inklusion" für Schulen geschaffen. Heute haben wir 164 Schulen, die das Profil "Inklusion" erworben haben. Der Hauptteil sind Grund- und Mittelschulen. Insgesamt gesehen ist diese Zahl ein durchaus stolzes Zwischenergebnis.

Nun komme ich zu dem SPD-Antrag, den ich inhaltlich verstehe. Ich habe deshalb auch gesagt, dass die meisten Schulen Grund- und Mittelschulen sind. Natürlich möchte man, wenn man an der Grundschule ist, ein Angebot an den weiterführenden Schulen haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist aber so: Es gibt keine Pflicht, das Profil "Inklusion" zu beantragen. Wir können das auch nicht vorgeben. Das sind freiwillige Entscheidungen. Die Schulen entscheiden, ob sie dieses Profil beantragen. Der Antrag der SPD hilft deshalb nicht weiter. Es hilft auch nicht weiter, wenn wir hier die Kriterien verändern. Es ist vielmehr wichtig, dass wir noch mehr Schulen von der Idee begeistern. Es ist wichtig, dass wir mehr weiterführende Schulen, insbesondere die Realschulen und die Gymnasien, von dieser Aufgabe begeistern. Deshalb halte ich das, was wir in der letzten Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe besprochen haben, für viel sinnvoller, dass wir nämlich jetzt den Blick über die einzelne Schule hinaus auf die Region lenken, damit in der Region die weiterführenden

Schulen gemeinsam Konzepte erarbeiten und es dann durchgängige inklusive Angebote gibt. Der vorliegende Antrag hilft hier leider nicht weiter.

Auch der Antrag der GRÜNEN ist verständlich. Es geht um das große Ziel, dass es mehr Unterstützung gibt. Das verstehe ich, aber wir tun auch in diesem Bereich einiges. Ich möchte betonen, dass wir seit 2011 jährlich 100 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen. Das tun wir auch in diesem Jahr, und wir tun es auch im nächsten Jahr wieder. Am Ende dieses Doppelhaushaltes werden wir 600 zusätzliche Lehrerstellen allein für die Inklusion geschaffen haben. Das ist ein deutliches Zeichen, dass wir uns zum Ziel der Inklusion bekennen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen diese Lehrkräfte auch ein, um durch eine zweite Kraft zusätzlich Unterstützung in die Schulen zu bringen, durch den MSD und durch zusätzliche Ressourcen für die Schulen mit dem Profil "Inklusive Schule". Dort gibt es mindestens eine halbe Sonderpädagogin und mindestens zehn Lehrerwochenstunden zusätzlich. Wir haben sogar besondere Klassen mit dem Zwei-Lehrer-Prinzip, die Tandem-Klassen. Darüber hinaus haben wir die Förderlehrkräfte, die Schulpsychologen und die Beratungslehrkräfte. Das Ziel der zusätzlichen Unterstützung sehen wir also. Wir unternehmen auch wirklich viele Schritte, um voranzukommen. Wenn die Wünsche nach wie vor größer sind, ist das verständlich, das kann ich gut nachvollziehen. Ich glaube aber, man sieht hier, dass wir wirklich guten Willens sind und nicht nur reden, sondern handeln und Geld zur Verfügung stellen. An dieser Stelle an den Landtag meinen herzlichen Dank!

Für die Zukunft: Wir dürfen hier selbstverständlich nicht stehen bleiben, das tun wir aber auch nicht. Wir gehen weiter. Wir gehen schrittweise weiter, aber konsequent, um das Ziel zu erreichen. Ich möchte deshalb kurz sagen, was wir tun: Wir investieren jedes Jahr 100 zusätzliche Lehrerstellen. Wir sind auch weitergekommen bei der Lehrerfortbildung. Wir haben damit das Ziel der interfraktionellen Arbeitsgruppe umgesetzt, in den Sommerferien ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot anzubieten. Wir sind auch bei der Elternberatung weitergekommen, indem wir vernetzte, interdisziplinäre Beratungsangebote schaffen. Wir werden dieses Angebot im nächsten Schuljahr weitgehend flächendeckend in Bayern eingerichtet haben.

Wovon ich mir viel verspreche, das ist das Ziel der Modellregion. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit lenken wir den Blick über die einzelne Schule

hinaus auf die Region. Auf diese Weise können wir vernetzte Konzepte erarbeiten, wie die sonderpädagogischen Förderzentren, die Grundschulen und die weiterführenden Schulen zusammenarbeiten können, um inklusive Bildungsangebote anzubieten, vom Eintritt in die Schule bis zum Ende der Schullaufbahn. Wir werden im Herbst damit starten. Wir werden mit der Region Kempten beginnen, und ich meine, das ist der richtige Schritt.

Sie können sich darauf verlassen: Der Weg ist richtig, und, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir gehen ihn konsequent weiter. Wir gehen ihn deswegen konsequent weiter, weil uns dieses Anliegen wichtig ist, weil wir die Aufgabe ernst nehmen. Ich bitte Sie, uns auf diesem Weg weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung; die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3092. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Fraktion der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3691. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt hier ebenfalls die Ablehnung des Antrags. Wir kommen zur Abstimmung; ich eröffne die namentliche Abstimmung. – Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.52 bis 16.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Sitzungssaals ermittelt und später bekannt gegeben. – Ich bitte, jetzt Platz zu nehmen oder die notwendigen Diskussionen draußen weiterzuführen.

Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkt 9 und 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren, Melde- und Dokumentationspflicht systematisieren und verbessern (Drs. 17/6198)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Sensibilisierung im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen im Gesundheitswesen (Drs. 17/6201)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit für alle Fraktionen beträgt insgesamt 24 Minuten; die Verteilung ist bekannt. Der erste Redner ist Herr Kollege Leiner. Bitte sehr.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind Großverbraucher, Großverbraucher von Antibiotika sowohl in der Humanmedizin als auch in der Tiermedizin und in der Tiermast. Deutschland setzt pro Tier viermal mehr Antibiotika ein als unser Nachbar Österreich. Der breite Einsatz von Antibiotika und vor allem der Reserveantibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und in der Humanmedizin führt zunehmend dazu, dass immer mehr Bakterien gefährlich werden und sich Antibiotikaresistenzen entwickeln.

Meine Damen und Herren, inzwischen sterben mehr Menschen an Infektionen mit multiresistenten Keimen als im Straßenverkehr. Nicht nur der inzwischen gut bekannte MRSA-Keim, sondern vor allem die sogenannten multiresistenten und gramnegativen Keime sind eine ernste Bedrohung. Zu diesen gehört auch das Bakterium, das zu den Todesfällen im Universitätsklinikum Kiel – das ging breit durch die Presse – in diesem Jahr führte. Diese Erreger sind sehr schwer zu behandeln, da sie oft gegen vier Antibiotika-Stämme resistent sind und damit eine noch größere Herausforderung als der bekannte MRSA-Keim darstellen. Sie übertragen sich durch Luft oder durch indirekten oder direkten Kontakt.

Meine Damen und Herren von der Bayerischen Staatsregierung, ich weiß nicht, worauf Sie eigentlich noch warten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ist Ihnen die Lage nicht ernst genug? Bis zu 30.000 Patientinnen und Patienten sterben jährlich an den Folgen multiresistenter Keime, 400.000 bis 600.000 erkranken an solchen Infektionen in deut-

schen Kliniken – die Dunkelziffer lasse ich lieber außer Acht –, und Sie ergreifen keine entsprechenden Maßnahmen!

Ich beschreibe Ihnen jetzt die Situation. Erstens. Nur 40 % der Vollzeitstellen für Hygienefachkräfte sind in den bayerischen Kliniken besetzt. Ich frage Sie: Wie soll dann ein adäquates Hygienemanagement in den Kliniken gewährleistet werden?

Zweitens. Gemäß aktuellen Studien sind 30 % der Antibiotikaverordnungen mit Blick auf die Diagnose immer noch fragwürdig. 40 % der Menschen geben bei Befragungen an, dass sie über den Gebrauch der Antibiotika nicht genügend informiert sind.

Drittens. Wir haben keine aktuellen und verlässlichen Daten. Der letzte Bericht des Staatsministeriums ist zwar vom Herbst 2014, er liefert aber Daten von 2011. Auf gramnegative, multiresistente Keime, wie vorhin schon genannt, die derzeit das eigentliche Sorgenkind sind, haben damals weniger als die Hälfte der Kliniken getestet; bereits vor vier Jahren lag hier aber insbesondere die Mehrheit dieser positiven Befunde. Viertens. Die Empfehlungen der KRINKO und der LARE bezüglich Screening auf multiresistente Keime bei Risikopatienten werden nicht vollständig und vor allem nicht einheitlich in bayerischen Kliniken umgesetzt. Vor vier Jahren haben nur 9 % der Krankenhäuser in Bayern alle LARE-Empfehlungen zum Screening der Risikopatienten auf multiresistente Keime umgesetzt. An den Kosten, meine Damen und Herren, dürfte es nicht liegen. Die Kosten betragen zwischen 3 und 15 Euro, und Sie dürfen mir glauben, jede Übertragung von MRSA auf einen weiteren Patienten ist doch deutlich teurer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Es fehlen uns auch die verlässlichen Daten. Wir haben keinen Überblick über die MRE-Infektionen in den verschiedenen Abteilungen der Kliniken über Todesfälle. Die Meldepflicht lässt derzeit einen zu großen Interpretationsspielraum zu. So kommen nur die nicht mehr zu vertuschenden Fälle im Prinzip an die Öffentlichkeit. Es fehlt an einheitlicher Dokumentation, aus der man entnehmen könnte, ob sich der Patient oder die Patientin in der Klinik oder schon vorher angesteckt hat.

Wir brauchen dringend eine Öffentlichkeitskampagne zur Aufklärung zum Gebrauch von Antibiotika, wie sie in Frankreich erfolgt ist. Ich darf Ihnen sagen, in Frankreich hat diese Kampagne den Gebrauch von Antibiotika um 26 % gesenkt. Das wäre doch auch ein Ziel für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU schon einmal fragen: Was haben Sie bisher getan? – Sie haben unsere Anträge abgelehnt: Antrag FREIE WÄHLER, "Missbrauch von Reserveantibiotika eindämmen" – abgelehnt. Antrag GRÜNE, "Mehr Sensibilisierung im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen im Gesundheitswesen" – abgelehnt. Antrag GRÜNE, "Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren, Melde- und Dokumentationspflicht systematisieren und verbessern" – abgelehnt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Denken Sie bitte an die Zeit!

Ulrich Leiner (GRÜNE): Antrag GRÜNE – noch einen Satz –, "Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika in der Tiermast" –, ebenfalls abgelehnt, meine Damen und Herren.

Verhindern Sie nicht weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sinnvolle Maßnahmen, sondern stimmen Sie unseren Anträgen zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Jetzt hat Kollege Seidenath das Wort. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit zwei Anträgen der GRÜNEN zu zwei Kämpfen – so haben Sie es überschrieben – gegen Krankenhauskeime sowie gegen Antibiotikaresistenzen. Beides, Krankenhauskeime und Antibiotikaresistenzen, sind enorm wichtige Themen.

Gerade deshalb, lieber Herr Leiner – "Was haben Sie bisher getan?", war Ihre Frage –, ist hier enorm viel passiert und passiert weiterhin viel. Es passiert letztlich alles, was Sie in Ihren Anträgen fordern. Entschuldigung, wenn Sie hier über Hygiene allgemein im Krankenhaus sprechen: Wir haben hier Ihre Anträge zu behandeln. Auf diese sind Sie nur am Rande eingegangen. Ich werde das etwas ausführlicher tun und werde Ihnen erklären, warum wir nicht anders können, als sie abzulehnen: weil alles, was da drinsteht, schon passiert.

Wir haben beispielsweise hier im Landtag einen sehr umfassenden Bericht gehört – auf der Grundlage eines Antrags der FREIEN WÄHLER – über die in Bayern durchgeführten präventiven Maßnahmen zu MRSA und MRGN. Zudem hat der Ausschuss für Gesundheit und Pflege am 5. Mai in der gleichen Sitzung, in der wir Ihre Anträge behandelt haben, eine Anhörung zu gesundheitlichen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen beschlossen. Diese Anhörung

wird in den nächsten Monaten erfolgen. Genau das ist der richtige Weg: erst analysieren, dann fordern und umsetzen, und nicht umgekehrt, wie Sie es mit Ihren Anträgen machen möchten.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Anträgen im Einzelnen, zunächst zum Antrag betreffend "Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren": Fakt ist, lieber Herr Leiner: Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren bereits große Anstrengungen unternommen, um der wachsenden Bedrohung durch multiresistente Erreger zu begegnen. Hier sind vor allem die Verordnungen zur Hygiene in medizinischen Einrichtungen zu nennen, die seit 2012 inzwischen alle Länder erlassen haben. Sie regeln die erforderlichen strukturellen, baulichen, personellen und auch organisatorischen Maßnahmen und fußen auf den Leitlinien, die die KRINKO entwickelt hat.

Mit Ihrem Antrag – Herr Leiner, Sie hören mir schon zu, oder? – wollen Sie die Meldepflicht für nosokomiale Infektionen verstärken und ausbauen. Dazu ist zu sagen: Die bayerischen Regelungen sind auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes ergangen. Danach ist das gehäufte Auftreten von nosokomialen Infektionen bei Vorliegen eines epidemiologischen Zusammenhangs nicht namentlich zu melden. Wenn Sie diese Meldepflicht jetzt ausweiten wollen, müssen Sie sich an den hier zuständigen Bundesgesetzgeber wenden. Da sind Sie mit Ihrem Antrag bei uns und bei der Staatsregierung an der falschen Adresse.

Zu den übrigen Spiegelstrichen verweise ich auf das 10-Punkte-Programm von Bundesminister Hermann Gröhe, das er am 23. März 2015 angekündigt hat, und mit dem er verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung von multiresistenten Erregern durchführen möchte. Dazu zählen insbesondere der Ausbau des prästationären Screenings von Patienten auf MRE vor planbaren Krankenhausaufenthalten, die Isolierung von Risikopatienten sowie eine Verschärfung der Meldepflicht bei Auftreten von MRE. Diese Maßnahmen sollten zunächst abgewartet werden. Danach kann man weitere Forderungen erheben.

Was den letzten Spiegelstrich des Antrags - zu den Gesundheitsämtern - anbelangt, so ist die infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen bereits vor fünf Jahren, schon 2010, zu einer prioritären Aufgabe der Gesundheitsämter erklärt worden. In diesem Zusammenhang kann ich auch auf das neu konzipierte Hygieneüberwachungsprogramm hinweisen mit den drei Säulen Regelüberwachung, Schwerpunktüberwachung und anlassbezogene Überwachung. Die Gesundheitsämter überwachen also die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, insbe-

sondere auch zur Erfassung und Dokumentation von nosokomialen Infektionen und MRE. Diese Aufgaben der Gesundheitsämter wurden hier mehrfach und ausführlich bereits in diversen Berichten dem Landtag vorgestellt. Da wäre es schlau gewesen, einmal zuzuhören. Dann hätten Sie das auch schon gewusst, bevor Sie den Antrag gestellt haben. Deswegen lehnen wir diesen Antrag mit guten Gründen ab.

Lassen Sie mich feststellen: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Anträge stellen. Dann können wir Ihnen noch einmal deutlich erläutern, was alles schon passiert. Auch im Ausschuss war die Auffassung einhellig. Sie haben ja in keiner anderen Fraktion Zustimmung zu Ihren Anträgen gefunden, auch zu Ihrem zweiten Antrag betreffend Kampf gegen Antibiotikaresistenzen nicht; denn auch hier wurden auf Bundes- und Länderebene bereits zahlreiche Aktivitäten in den letzten Jahren unternommen, um der Bedrohung durch Antibiotikaresistenzen zu begegnen. Vor vier Jahren wurde zum Beispiel die Kommission ART – Antiinfektiva, Resistenz und Therapie – eingerichtet. Diese Kommission hat 2013 ihre Arbeit aufgenommen. Aufgabe der Kommission ART ist es, Empfehlungen für Standards zur Diagnostik und Therapie von Infektionskrankheiten nach aktuellem Stand der medizinischen Wissenschaft zu erstellen und die vorhandenen Leitlinien zu überarbeiten.

Auf Landesebene wurde 2008 zudem die LARE, die LandesArbeitsgemeinschaft MultiResistente Erreger, als landesweites Gremium von Verbänden, Behörden und Universitäten gegründet und ist seither in Amt und Würden. Sie hat entsprechende Regelungen erlassen. Diese regionalen Netzwerke wurden seit 2009 auch auf Ebene der Gesundheitsämter etabliert, etwa der Runde Tisch MRSA, der andere multiresistente Erreger einschließt. Deswegen übernehmen die Gesundheitsämter im Rahmen dieser regionalen Netzwerke die Koordination und die Weitervermittlung der Hygienestandards auf Landkreisebene an alle relevanten Institutionen, die mit der Diagnostik, der Therapie, der Pflege und der Rehabilitation der Patienten befasst sind, die mit MRE kolonisiert oder infiziert sein könnten.

Lieber Herr Leiner, ich darf zu Ihrem Antrag darauf hinweisen, dass es seit September 2012 das BAKT, das Bayerische Aktionsbündnis Antibiotikaresistenz, gibt. Dort haben sich Vertreter aus Human- und Veterinärmedizin, Pharmazie, Agrarwirtschaft, Verbraucherschutzvereinigungen und staatliche Stellen zusammengeschlossen mit dem gemeinsamen Ziel, den übermäßigen und unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika zu vermeiden und gleichzeitig leistungsfähige Antibiotika für die Gesundheit von Mensch und Tier zu erhalten. Zudem soll die Problematik von Antibiotika-

verbrauch und -resistenzen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Ich darf hier darüber hinaus auf das 10-Punkte-Programm von Bundesminister Gröhe verweisen, das viele Punkte enthält, zum Beispiel den One-Health-Gedanken mit der Aktualisierung der deutschen Antibiotikaresistenzstrategie, und auf den Gipfel in Elmau, der sich mit genau diesem Thema befasst hat. Auch hier bitte ich, erst die Ergebnisse abzuwarten, deren Umsetzung zu verfolgen und dann weitere Maßnahmen zu überlegen, und nicht solche Anträge zu stellen. Soviel zum Thema "Wir ergreifen keine Maßnahmen".

Zusammenfassend kann ich sagen: Ich danke den GRÜNEN, dass sie uns durch ihr Hochziehen der Anträge die Gelegenheit gegeben haben darzustellen, was im Bereich der Antibiotikaresistenz und beim so wichtigen Kampf gegen Krankenhauskeime bereits passiert ist. Aber Sie sehen, dass alles Geforderte bereits am Laufen ist und es dieser beiden Anträge nicht bedarf. Wir werden sie deshalb ablehnen. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kleinen Moment, Herr Kollege Seidenath. – Zunächst darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung für den Antrag auf Tagesordnungspunkt 9 beantragt hat. – Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Leiner. Bitte sehr.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Seidenath, wenn ich Sie so höre, dann wäre in der Krankenhauslandschaft in Bayern bezüglich der multiresistenten Keime alles in die Wege geleitet und alles in bester Ordnung. Ist das tatsächlich Ihre Meinung? Glauben Sie denn nicht, dass wir eine Menge von Problemen, und zwar zunehmende Probleme haben, die wir jetzt, und zwar sofort, mit den Maßnahmen bekämpfen müssen, die wir hier in unseren Anträgen genannt haben? Sie wissen genauso gut wie ich, dass diese Maßnahmen durchführbar sind. Wir müssen jetzt handeln. Das ist ein Riesenproblem in unseren Häusern. Alle Ärzte werden Ihnen bestätigen, dass wir dieses Problem jetzt angehen müssen und nicht warten können, bis irgendetwas vonseiten der Bundesregierung kommt, wer weiß, wann. Sie haben es genannt; Herr Gröhe hat angekündigt, es wird kommen. Wir warten darauf. Aber es ist nicht Fakt. Ich fordere Sie auf, jetzt sofort zu handeln, um dieses Riesenproblems Herr zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Seidenath (CSU): Lieber Herr Leiner, danke für die zwei Minuten, um es Ihnen noch einmal zu erklären. Ja, MRSA ist ein Riesenproblem, sogar mehr noch aber die gramnegativen und die vielfach resistenten Bakterien. Das ist das schlimmste Problem. Ja, ich habe es dargestellt. Ich habe Ihnen gerade acht Minuten lang erläutert, was die Staatsregierung tut und was in Bayern alles getan wird, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. All das, was Sie fordern, ist schon am Laufen. Das ist der Punkt. Es gibt ein Problem, und es gibt Versuche, es zu lösen. Sie haben sie in Ihrem Antrag aufgelistet. Noch einmal: Alles, was Sie in Ihren Antrag reingeschrieben haben, wird schon gemacht. Deswegen lehnen wir die Anträge ab.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Was für eine komische Logik! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man muss nicht alles verstehen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Seidenath. – Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Kollegin Müller, bitte schön!

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganz so rosig, wie es der Kollege Seidenath als Verantwortlicher der Regierungspartei naturgemäß schildern muss, würde ich die Lage nicht darstellen. Ganz so rosig würde ich die Lage in Sachen Antibiotikaresistenzen und Krankenhauskeime nicht darstellen, weil wir alle aus der Presse wissen, wie viele Fälle in Bayern vorkommen.

Die Entdeckung der Antibiotika hat die Medizin revolutioniert und vielen tödlichen Erregern ihren Schrecken genommen. Krankheiten, die für den Menschen den sicheren Tod bedeuteten, konnten geheilt, langwierige Krankheitsverläufe verkürzt werden. Doch die Evolution schreitet auch bei den Bakterien voran. Mittlerweile werden immer mehr Bakterien gegen Antibiotika immun, ihr Erbmateriale verändert sich, und sie entwickeln Resistenzen, die schwer zu behandelnde Krankheiten auslösen können. Der Bekannteste ist der MRSA-Keim. Aber auch die Darmkeime sind auf dem Vormarsch, wie mir erst letzte Woche der Chefarzt unserer geriatrischen Einrichtung erläutert hat. Gerade ältere Menschen, deren Immunsystem häufig geschwächt ist, sind davon betroffen.

Doch die Frage ist: Wer trägt dafür die Verantwortung? Sind es die Humanmediziner, die zu oft und zu sorglos Antibiotika verschreiben? Sind es die Patienten, die sich eine schnelle Heilung ihrer Krankheit dank Antibiotika erhoffen? Oder ist es der Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht? Erst im Juni letzten Jah-

res habe ich auf meine Anfrage zum Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung hin die Antwort bekommen, dass die Abgabemenge von fluorchinolonhaltigen Antibiotika in Bayern zwischen 2011 und 2012 um 70 % gestiegen sei. Es ist aber wohl zu kurz gegriffen, hier nur einseitig entweder auf den Gesundheits- oder den Landwirtschaftsbereich abzielen. Ein wichtiger Aspekt bei der Bekämpfung von Krankenhauskeimen ist die Hygiene, wie der Kollege Leiner vorhin richtig angesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Auf meine Anfrage vom Dezember 2014 hin habe ich erfahren, dass im Jahr 2013 nicht einmal 40 % der Stellen für Hygienefachkräfte in den bayerischen Krankenhäusern besetzt waren. Mehr Zeit für Hygiene bedeutet aber auch mehr Personal und vor allem qualifiziertes Personal. Das muss jedem bewusst sein. Ein verantwortlicher Umgang mit dem Thema erfordert eine breit angelegte Diskussion, an deren Ende Handlungsempfehlungen für uns Politiker stehen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir als SPD-Fraktion den Antrag gestellt, eine Anhörung zu den Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen durchzuführen. Sowohl im Gesundheitsausschuss als auch im Landwirtschaftsausschuss gab es einstimmige Beschlüsse, diese Anhörung durchzuführen, auch weil wir nicht nur auf die Antworten aus dem Bund warten wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb betrachten wir den Antrag auf Drucksache 17/6198 betreffend "Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren, Melde- und Dokumentationspflicht systematisieren und verbessern" als zu undifferenziert. Zum einen soll laut Antrag im Ausschuss berichtet werden; gleichzeitig werden aber zum anderen erste Maßnahmen gefordert. Hier sollten wir das Ergebnis der Anhörung abwarten und anschließend die Empfehlungen und Erkenntnisse in Beschlüsse gießen. Wir werden uns deshalb bei diesem Antrag enthalten.

Dem Antrag auf Drucksache 17/6201, der "Mehr Sensibilisierung im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen im Gesundheitswesen" als Ziel hat, können wir zustimmen. Das war auch im Gesundheitsausschuss von uns so gewollt.

Die Bundesregierung arbeitet an einer deutschen Antibiotikaresistenzstrategie 2020. Im Rahmen des G-7-Gipfels hat sich auch die Weltgesundheitsorganisation zu Wort gemeldet, die wir erst vor Kurzem besuchen

konnten und die uns berichtet hat, dass sie einen globalen Aktionsplan zu Antibiotikaresistenzen verabschieden möchte. Wir brauchen eine bessere Dokumentation über den Antibiotikaverbrauch und vor allem eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Human- und Tiermedizin. Wir brauchen mehr Geld für die Forschung, um Diagnosemöglichkeiten zu verbessern und den Antibiotikaeinsatz zu optimieren. Leider fehlt dieses wichtige Gesundheitsziel im bayerischen Präventionsplan. Hier wäre die Gelegenheit gewesen, vorbeugend, aufklärend und zukunftsweisend für künftige Generationen zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind heute gefordert, die Weichen für einen vernünftigen Umgang mit Antibiotika zu stellen, damit auch unsere Enkelkinder in dreißig Jahren beim hundertsten Geburtstag der Antibiotika dieses Medikament noch nutzen können.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Dr. Vetter das Wort. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema hat mich 25 bis 30 Jahre lang beruflich beschäftigt. Dies ist ein großes Thema, das viele Bereiche umfasst, zum Beispiel die Humanmedizin und die Tiermedizin. Für Bayern wäre es sinnvoll, wenn sich die Gesundheitsministerin mit dem Landwirtschaftsminister zusammensetzen würde, um dieses Thema aus beiden Blickwinkeln zu besprechen. Dies wäre sehr vernünftig.

Die WHO spricht bei den Antibiotikaresistenzen von einer ernstesten weltweiten Bedrohung der öffentlichen Gesundheit. An unseren Krankenhäusern sind 400.000 bis 600.000 Infektionen zu verzeichnen. Außerdem haben wir 10.000 bis 30.000 Tote zu beklagen; das ist ein Mehrfaches unserer Verkehrstoten. Trotzdem haben weder der Bund noch Bayern dieses Thema richtig auf dem Schirm.

Dieses Thema ist auch für uns FREIE WÄHLER wichtig. Wir haben deshalb im Herbst letzten Jahres beantragt, einen Bericht zum Screening in Bayern zu erhalten. Dieser Bericht wurde mittlerweile gegeben. Aus diesem Berichtsantrag haben wir einen neuen Antrag entwickelt, mit dem wir etwas gefordert haben, was im Gegensatz zu der Forderung des Antrags der GRÜNEN nicht sofort umgesetzt werden kann. Dieser Antrag wurde in der letzten Woche im Ausschuss für Gesundheit und Pflege einstimmig angenommen.

Herzlichen Dank dafür an die Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag haben wir gefordert, dass bei planbaren Eingriffen die Krankenkassen die Kosten für das Screening auf multiresistente Bakterien übernehmen. Bislang sind die Kosten für dieses Screening beispielsweise bei einem Patienten, der sich in vier Wochen einer Hüftoperation unterziehen soll, von den Krankenkassen nicht übernommen worden. Das ist jetzt möglich. Noch einmal vielen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den beiden Anträgen der GRÜNEN: Die FREIEN WÄHLER haben beide Anträge abgelehnt, weil sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht passen. Beide Anträge gehen jedoch in die richtige Richtung. Wir haben gemeinsam eine Anhörung auf den Weg gebracht. Nach dieser Anhörung sollten wir entscheiden, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind und welche Forderungen konkret umgesetzt werden können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/6201, der die Sensibilisierung der Ärzte betrifft, habe ich ein inhaltliches Problem. Mit der Richtung des Antrags, Ärzte zu sensibilisieren, bin ich einverstanden. Sie fordern jedoch das Ausschöpfen alternativer Therapiestrategien. Beim Vorliegen einer bakteriellen Infektion weiß ich nicht, ob alternative Therapiestrategien dagegen helfen. Ich kann mir vorstellen, was Sie bei diesem Punkt gemeint haben. Trotzdem ist dieser Punkt nicht ganz nachvollziehbar. Ihre Forderung, Schmalspektrum- statt Breitband-Antibiotika einzusetzen, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass eine größere Sensibilisierung in diesem Punkt erforderlich ist, gebe ich gerne zu.

Das Anliegen, das die GRÜNEN mit den beiden Anträgen verfolgen, ist richtig und wichtig. Leider sind diese beiden Anträge sehr aktivistisch. Ich bin nicht bekannt dafür, dass ich häufig die Meinung der Regierungspartei unterstützte. Herr Kollege Seidenath, in diesem Fall stimme ich Ihnen jedoch zu: Wir sollten zunächst die Anhörung abwarten. Gesundheitsminister Gröhe hat zu diesem Thema ebenfalls schon einiges auf den Weg gebracht. Dieses Thema ist mir zu wichtig, als dass dazu parallel in Bayern etwas unternommen werden sollte. Die Bundesregierung und Bayern sollten vielmehr gemeinsame Strategien entwickeln. Dies sollte nach der Anhörung geschehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Dr. Vetter. – Für die Staatsregierung erteile ich Frau Staatsministerin Huml das Wort. Bitte sehr.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antibiotikaresistenzen haben es sogar auf die Agenda des G-7-Gipfels in Elmau geschafft. Dies zeigt: Hier handelt es sich um ein internationales Problem, gegen das eine gemeinsame Strategie entwickelt werden muss. Dieses Problem ist eine globale Herausforderung. Deshalb ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen, wie das im Landtag bei dem einen oder anderen Thema geschieht.

Multiresistente Erreger sind ein ernstzunehmendes infektiologisches Problem, das alle Institutionen des Gesundheitswesens und jeden Einzelnen betrifft. Deshalb ist es notwendig, dass wir etwas dagegen tun. Wir müssen sehen, dass es nicht zu neuen Resistenzbildungen und -entwicklungen kommt.

Zunächst ist es wichtig, dass wir gegen einen falschen und zu häufigen Einsatz von Antibiotika vorgehen; denn durch die Zunahme resistenter Erreger besteht die Gefahr, dass weniger wirksame Antibiotika vorhanden sind. Wir erleben es immer wieder im Krankenhausalltag, dass bei einem Patienten ein Antibiotikum nach dem anderen eingesetzt wird und keines dieser Antibiotika wirkt.

Wichtig ist die kritische Beobachtung der Stämme resistenter Erreger. Die dafür zuständige Bundesregierung ist schon tätig geworden: Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat im März 2015 mit seinem 10-Punkte-Plan gegen multiresistente Keime angekündigt, die Meldepflicht für multiresistente Erreger auszuweiten und zu verschärfen. Bereits der einmalige Nachweis eines MRE soll gemeldet werden. Bayern wird diese Forderung aktiv begleiten, weil wir sie als notwendig erachten und das Werkzeug der Meldepflicht effektiv einsetzen wollen, da dies wirklich hilfreich sein kann.

Die frühzeitige Meldung von MREs ist wichtig und für den Umgang mit diesen Erregern entscheidend. Nur so können wir die Weiterverbreitung dieser Erreger einschränken. Die Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie 2020 der Bundesregierung und der Aktionsplan der WHO zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenzen werden bereits umgesetzt. Das gilt auch für viele sektorenübergreifende Strategien, bei denen Human- und Tierärzte, die Landwirtschaft und die Forschung zusammenarbeiten. Niemand in diesem Hohen Haus stellt die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit infrage. Diese Zusammenarbeit erfolgt jedoch bereits.

Um dem Vorwurf, wir würden bei diesem Problem nur zuschauen, zu begegnen, darf ich sagen: Auch Bayern ist bereits aktiv geworden. Wir haben im

Jahr 2008 mit einer verstärkten Aufklärung bei der Behandlung und der Pflege von Patienten begonnen. Unsere Experten und Fachbehörden sind in den Kliniken aktiv, um dort ein Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen. Wir haben im Jahr 2008 die LandesArbeitsgemeinschaft MultiResistente Erreger gegründet. Wir sind dabei von keinem Ereignis aufgeschreckt worden, sondern sind bei diesem Thema seit Jahren landesweit aktiv. Wir haben ein landesweites und hocheffektives interdisziplinäres Netzwerk aus Verbänden, Behörden, Universitäten, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft usw. eingerichtet.

Wichtig ist, dass wir die Ärzte in Praxis und Klinik erreichen, um sie für dieses Thema zu sensibilisieren. In meinen Augen ist uns das bisher sehr gut gelungen. Keine Frage ist, dass in diesem Punkt noch mehr getan werden könnte. Im Jahr 2012 wurde das Bayerische Aktionsbündnis Antibiotikaresistenz gegründet, mit dem auf bayerischer Ebene Human- und Veterinärmediziner, Pharmaunternehmen, Agrarwissenschaftler und Verbraucherschutzvereinigungen zusammengeschlossen wurden. Die Gesundheitsämter und regionale Netzwerke dienen als Informationsplattform. Viele Forderungen, die in den Anträgen der GRÜNEN erwähnt werden, werden bei uns bereits gelebt. Wir sollten bei den Anhörungen selbstverständlich schauen, wo es weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Gleichzeitig sollten wir aber nicht übersehen, was bereits alles getan wird.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die Hygiene. Die strikte Einhaltung der Hygienestandards ist unwahrscheinlich wichtig. Auch hier sind wir bereits auf vielen Gebieten tätig. Ich darf nur unsere Spezialeinheit Infektionshygiene am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erwähnen, die schon seit einigen Jahren aktiv ist, wenn es darum geht, Krankenhäuser oder Gesundheitsämter zu unterstützen. Wenn irgendwo ein Problem auftaucht, hilft unsere Spezialeinheit vor Ort mit.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur sagen: Uns ist der Schutz der Bevölkerung sehr wichtig. Er liegt mir auch persönlich sehr am Herzen. Wir sind auf allen politischen Ebenen aktiv. Kürzlich war ich in Brüssel und habe auch dort mit den Kollegen darüber gesprochen, wie es mit Antibiotikastandards aussieht. Wichtig ist auch, dass wir das Konzept zur Hygieneüberwachung, das wir bereits haben, weiter ausbauen. Auf vielen Gebieten haben wir unsere Hausaufgaben schon gemacht. Wenn in den Anhörungen etwas Sinnvolles hinzukommt, bin ich gerne bereit, das aufzunehmen.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Für den Tagesordnungspunkt 9 wurde namentliche Abstimmung beantragt. Daher lasse ich zunächst über Tagesordnungspunkt 10 abstimmen, für den keine namentliche Abstimmung beantragt wurde; das ist der Antrag auf Drucksache 17/6201- Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Tagesordnungspunkt 9 abstimmen. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/6198. Diese Abstimmung findet in namentlicher Form statt. Ich frage: Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Abstimmungszeit auf drei Minuten verkürzen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zwei !)

– War das ein Nein? – Nein, also sind alle einverstanden. Dann eröffne ich die Abstimmung. Die Urnen sind bereitgestellt. Drei Minuten bitte!

(Namentliche Abstimmung von 17.32 bis 17.35 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben.

Inzwischen gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Wild, Dr. Strohmayer, Petersen und anderer und (SPD) betreffend "Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen" auf Drucksache 17/3691 bekannt. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 87. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit haben wir alle Tagesordnungspunkte bis auf die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zum letz-

ten Tagesordnungspunkt abgearbeitet. Ich bedanke mich bei allen, die jetzt noch da sind, und freue mich, wenn noch ein paar mit mir ausharren. Denen, die das nicht tun, wünsche ich schon jetzt einen schönen Abend.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Leiner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren, Melde- und Dokumentationspflicht systematisieren und verbessern" auf

Drucksache 17/6198 bekannt. Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93. Es gab 37 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Nun kann ich die Sitzung schließen und allen einen schönen Abend wünschen. Auf Wiedersehen!

(Schluss: 17.39 Uhr)

Mitteilung

Vorschläge der Fraktionen

zur Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten

Für das Finanzgericht München:

Vertrauensleute: Vertreterin bzw. Vertreter:

CSU

Paul Lindemann	Eva-Maria Fink
Norbert Schmid	Erika Still-Hackel
Engelbert Steinle	Bernhard Loos
Jens Wenzel	Horst Wipplinger

SPD

Hans Kolo	Simone Burger
-----------	---------------

FREIE WÄHLER

Petra Wengert	Dr. Markus Brem
---------------	-----------------

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Annegret Lueg	Simon Pflanz
---------------	--------------

Für das Finanzgericht Nürnberg:

Vertrauensleute: Vertreter:

CSU

Albrecht Börner	Hermann Gumbmann
Werner Gruber	Rainer Mißlbeck
Peter Rögner	Klaus Mägerlein
Gerhard Schmitt	Ralf Regnat

SPD

Erika Faul	Thomas Grosser
------------	----------------

FREIE WÄHLER

Marion Hälsig	Jürgen Dörfler
---------------	----------------

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Christine Stahl	Wolfgang Klemm
-----------------	----------------

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Neuordnung der Schulbegleitung für behinderte Schülerinnen und Schüler in Bayern
 Drs. 17/5408, 17/7005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
 Schutz des Bergwalds zielgerichtet stärken
 Drs. 17/5422, 17/7053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Erstellung eines turnusmäßigen Bergwaldberichts
Drs. 17/5425, 17/7054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellversuch „Schulbegleitung neu“ durchführen
Drs. 17/5488, 17/7006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Bernhard Roos SPD
Ausbau der B 471
Drs. 17/5493, 17/6810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ursachen von Flucht und Armut abmildern
Drs. 17/5605, 17/7031 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechte Morde aufklären! Unabhängiges Forschungsprojekt zur Überprüfung von Tötungsdelikten mit möglichem rechtsextremem Tathintergrund einrichten
Drs. 17/5755, 17/6999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weibliche Asylsuchende in staatlichen und öffentlichen Unterkünften besser schützen
Drs. 17/5756, 17/6984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bestehende Synergien aufrechterhalten: Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am Standort Stadtbergen belassen!
Drs. 17/5818, 17/7065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner, Horst Arnold u.a. SPD
Neuordnung des gerichtsärztlichen Dienstes
Drs. 17/5885, 17/7019 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG – Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest
Drs. 17/5888, 17/7020 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drogenote verhindern – Konsumräume für Suchtkranke einrichten
Drs. 17/5936, 17/7021 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realitätsnahe Verbrauchsmessung bei Kraftfahrzeugen
Drs. 17/5937, 17/6849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Flexibilität bei der Ausbringung organischer Dünger
Drs. 17/5957, 17/6804 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Bayerischen Integrationsrats
Drs. 17/5969, 17/6942 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel u.a. CSU
Sicherung der Dorf- und Betriebshilfe in Bayern
Drs. 17/5981, 17/6805 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter, Alex Dorow u.a. CSU
Vierstreifiger Ausbau der B 471
Drs. 17/5982, 17/6811 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlalter 16 – Mehr Demokratie und Mitbestimmung für Bayerns Jugend
Drs. 17/6014, 17/7033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Meldung wichtiger Ereignisse durch die Polizei (WE-Meldungen)
Drs. 17/6021, 17/6998 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Das EU-Schulfruchtprogramm auf weiterführende Schulen ausweiten!
Drs. 17/6024, 17/7055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Ausweitung des EU-Schulfruchtprogramms auf Kinderkrippen und Kinderhorte
Drs. 17/6025, 17/7056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Bericht über die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Bayern
Drs. 17/6026, 17/7032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Produktionsdatum an Skihelmen sichtbar machen
Drs. 17/6030, 17/6851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Sonderförderprogramm II: Keine Wasserverschmutzung durch private Abwasserkanäle
Drs. 17/6039, 17/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu den aktuellen Entwicklungen im Schweinemarkt
Drs. 17/6138, 17/7057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD
Erbbaurechtsregelungen stärken
Drs. 17/6159, 17/6719 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über die Prüfungsmitteilung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zu Höchstädt
Drs. 17/6165, 17/6716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einführung einer Schutzhelmpflicht für Skifahrer auf Skipisten in Bayern
Drs. 17/6175, 17/6721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Ausweitung der Niederlassungsförderung für Hausärzte auf alle Arztgruppen der allgemein fachärztlichen Versorgung
Drs. 17/6185, 17/7022 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einzelbetriebliche Investitionsförderung
Drs. 17/6197, 17/7058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratisierung der bayerischen Hochschulen
Drs. 17/6199, 17/6944 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wirksamere Überwachung des Schwerlastverkehrs
durch die Verkehrspolizei sicherstellen
Drs. 17/6203, 17/6943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außenstellen für Psychiatrische Institutsambulanzen ermöglichen
Drs. 17/6207, 17/7025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
EU-Kommissar informiert Landtag über europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/6214, 17/7034 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Einrichtung eines hochschulübergreifenden Promotionsstudiengangs
„Tourismusmanagement und Tourismusentwicklung in Bayern“
Drs. 17/6356, 17/6945 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen
Drs. 17/6390, 17/7063 (E)

Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesteilhabegesetz einführen – Eingliederungshilfe qualitativ weiterentwickeln
Drs. 17/1912, 17/6981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Faire finanzielle Entlastung der bayerischen Kommunen ab 1. Januar 2015 im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz
Drs. 17/4498, 17/6982 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Benachteiligung der bayerischen Kommunen bei der Eingliederungshilfe
Drs. 17/4499, 17/6983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Parkhäuser zukunftsfähig gestalten
Drs. 17/6173, 17/6962

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Bezahlung des pädagogischen Personals in der Kindertagesbetreuung verbessern – Tarifverhandlungen unterstützen!
Drs. 17/5854, 17/6985 (E) [X]

**Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u. a. SPD; Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen (Drucksache 17/3691)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina	X			Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	87	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kampf gegen Krankenhauskeime forcieren, Melde- und Dokumentationspflicht systematisieren und verbessern (Drucksache 17/6198)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst			X	Glauber Thorsten			
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Gottstein Eva			
Bauer Volker		X		Güll Martin			X
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian			X	Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			X
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard				Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina			X	Huml Melanie		X	
Felbinger Günther		X		Imhof Hermann			
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			X
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Knoblauch Günther			X
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	14	93	37